

---

## Fazit: Lernprozess in zwei Stufen und mehr

# 5

Als die Grünen gegründet wurden, setzte sich eine Partei dezidiert und ausdrücklich von jenen Haltungen ab, die antiemanzipative Vorfestlegungen und Stereotype reproduzierten, die stetigen Fortschritt und grenzenloses Wachstum propagierten, die sich blind für die ökologischen Herausforderungen zeigten oder die militärische Stärke im Systemgegensatz einforderten. Dieses Selbstverständnis war überaus zentral für die Parteibildung und es brachte die Grünen in eine günstige Rolle im deutschen Parteiensystem. Sie wurden gleichsam Repräsentanten einer gegenkulturellen Grundströmung, die sich schon ausgehend von den Studenten- und Lehrlingsrevolten am Ende der 1960er Jahre in den 1970er Jahren sehr deutlich, aber auch sehr widersprüchlich und fragmentiert geäußert hatte. Die Grünen griffen dieses Grundgefühl auf und verstanden sich zugleich als Wahrerin von bis dato unterrepräsentierten Interessen. So ging mit der teils destruktiven, teils konservativen Haltung der sie tragenden Strömungen einher, sich für Dinge einzusetzen, die im bundesdeutschen Korporatismus der Spätphase des Sozialliberalismus in den etablierten Parteien vielleicht artikuliert, aber eben nicht oder nicht mehrheitlich goutiert wurde. Vieles von den Grundlagen grüner Politik existierte somit schon vor der Parteigründung, blieb gesellschaftlich bedeutend neben den Grünen und entwickelte sich auch außerhalb der Grünen weiter.

Die Grünen hatten ihre stärksten Wurzeln in der Ökologiebewegung, doch sie hatten frühzeitig Signale ausgesendet, um sich für andere soziale Bewegungen zu öffnen. Sie luden diese regelrecht zum Mitmachen ein, diversifizierten dazu ihre Programme und suchten Kompromisse zwischen und mit den ganzen Gruppierungen, die sich im sozialen Umfeld der Parteigründung tummelten. Einige aus diesem Spektrum ergriffen die Chance, sich über und bei den Grünen zu artikulieren und am Parteaufbau zu beteiligen. Teilweise stürzten sie sich gar mit besonderer Verve in die Partearbeit, sicherten sich Einflüsse und Positionen.

Im Kontext dieser Entwicklung spielte das Thema Sexualität eine gewichtige, aber eben keineswegs entscheidende oder übermäßig dominante Rolle. Die Befrei-

ung der Sexualität war zwar ohne Zweifel ein wichtiges Sujet für jene Strömung der Grünen, die sich als alternativ verstand. Sie war eng mit der zwischenzeitlich halb verklärten, halb mystifizierten Studentenrevolte von 1968 verbunden. Zum Zeitpunkt der Gründung der Grünen hatte das Thema für die politische Mobilisierungsfähigkeit jedoch seine Klimax bereits überschritten, wirkte trotzdem auf die Parteigründung nach. Sexualität taugte insbesondere, um exemplarisch anhand der Homosexuellen die Benachteiligung von Randgruppen aufzuzeigen und um das Rollenverständnis von Männern und Frauen zu debattieren. Ersteres förderte die Debatte um Pädosexualität bei den Grünen, letzteres begrenzte sie schließlich.

Gleicht man den Entwicklungsprozess der Grünen mit dem von Argyris und Schön konzeptionalisierten Modell unterschiedlicher Lernstufen ab, so korrespondieren die Anpassungsprozesse der Grünen in der Pädosexualitätsdebatte mit wenigstens zwei der drei Lernstufen. Sie zeugen vom zunehmenden Reifegrad einer Partei, der sich in einem erweiterten Vermögen ausdrückt, Lehren zu ziehen. Insgesamt lässt sich die programmatische Entwicklung der Grünen beim Thema Pädosexualität dann auch als Lernprozess interpretieren. In den unterschiedlichen Phasen ihrer Parteiwerdung haben die Grünen in unterschiedlicher Weise auf die Herausforderung reagiert, sich zu der an sie gerichteten Forderung zu verhalten, die §§ 174 und 176 StGB aufzuheben oder einzuschränken.

Lernprozesse sind in Parteien Folgen einer Anpassung des eigenen politischen Angebots an die internen Präferenzen und Grundüberzeugungen sowie an die Erwartungshaltungen der Umwelt. Ein Kernproblem scheint bei den Grünen der 1980er Jahre offenkundig die mangelnde Responsibilität zwischen innerparteilicher Welt und potentieller Wählerschaft gewesen zu sein. Tatsächlich verfügen die Grünen bis heute über den schwächsten Organisationsgrad aller Parteien. Sie durchdringen somit ihre Wählerschaft weitaus weniger mit Parteimitgliedern, als es die anderen Parteien tun. Es ist quasi das Erbe einer Partei der Neuen Sozialen Bewegungen.<sup>1034</sup> Das bedeutet, die innerparteilichen Konflikte wie Entscheidungen werden vor allem durch mediale Kommunikation oder durch die Weitergabe von vermittelnden Großorganisationen oder Multiplikatoren weitergereicht, die ihrerseits bestenfalls locker an die Grünen gebunden sind. Dieses hat zur Folge, dass entsprechend nur ein geringerer Teil des programmatischen Angebots von den möglichen Sympathisanten wahrgenommen und erfasst wird. Forderungen hinsichtlich einer strafrechtlichen Freigabe von Pädosexualität durchdrangen in der ersten Hälfte der 1980er Jahre meist nicht diesen Wahrnehmungsfilter beziehungsweise allenfalls so, dass entweder nur jene kleine Zielgruppe erreicht wurde,

---

1034 Backhaus 1988: 22.

in der solche Forderungen tatsächlich sogar goutiert wurden, oder dass Hinweise und Kommentare in diese Richtung nicht weiter ernst genommen wurden.

Hinzu kam die starke Fragmentierung der grünen Parteiorganisation. Diese hinderte noch die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik an einer frühzeitigen Positionsklärung, obwohl ihre Gründung ja eigentlich ein Symbol der Ablösung von der Pädosexualitätsdebatte sein sollte. Die dort knappen Mehrheitsverhältnisse, die sich in einer Reihe von inhaltlichen wie strategischen Fragen ausdrückten, führten zu einigen taktischen Versuchen, beiden Seiten gerecht zu werden. Hierbei sorgte erst eine Festlegung des institutionellen Rahmens, innerhalb dessen diese Arbeitsgemeinschaft wirken durfte, dafür, dass dort entsprechende Denkansätze weitgehend unterbunden wurden.

---

## 5.1 Lernprozess erster Teil: Bedingte Anpassung

Lange Zeit vollzogen die Grünen beim Thema Pädosexualität bestenfalls Lernprozesse erster Ordnung. Die programmatisch offene, wenig konsolidierte und stark heterogene Partei nahm kaum eine strategische Planung ihrer Programmentwicklung vor. Bestenfalls nahmen Programmkommissionen oder einzelne Interessengruppen Zweifel an vorgelegten Ideen auf und artikulierten Widerspruch, der gegebenenfalls zu Anpassungen im Detail führte. Stets besaß der als Basisdemokratie verklärte Gruppenprozess einer Delegierten- oder Mitgliederversammlung eine gewisse Unwägbarkeit. Mal wurden dadurch Forderungen zurückgedrängt, mal erst deswegen aufgenommen und mal eingerahmt oder relativiert.

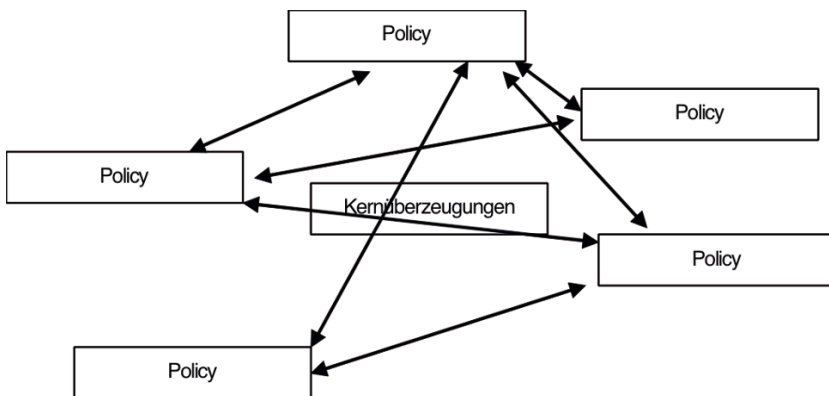
Die Entwicklung der Grünen in der Debatte um Pädosexualität offenbart zwei Aspekte der Parteiwerdung. Sie zeigt zum einen auf, dass Parteien ihre zunächst nur vage definierbare Identität, Kernüberzeugungen und Wertvorstellungen erst entwickeln müssen. Oftmals resultiert aus einem anfänglich eher diffusen Politikangebot eine gewisse politische Attraktivität, wobei inhärente Widersprüche und Konflikte früher oder später aufbrechen und dann in der Regel zu vehementen, ja teilweise die Existenz der Partei gefährdenden Richtungsauseinandersetzungen führen.<sup>1035</sup> Bei den Grünen hat es nicht wenige solcher Kontroversen gegeben. Die Grünen hatten jedoch ihren Erfolg, ihre anfängliche parlamentarische Etablierung darauf stützen können, dass sie einen Teil der Richtungsdebatten letztlich recht lange vermieden haben. Natürlich gab es frühzeitig den Bruch mit dem dezidiert

---

1035 V. Alemann 2010: 245f; Decker 2007: 23; Klecha/Hensel 2013: 166; Hensel/Klecha 2013: 83.

konservativen Parteiflügel, doch was ansonsten an Kräften in der Partei verblieben war, hegte nicht weniger Misstrauen gegeneinander und stand sich inhaltlich oft fern. Dennoch konnte die Partei in Gänze keinen der Flügel wirklich entbehren, zu knapp lagen die Wahlergebnisse oberhalb der Fünfprozenthürde. Erst nach der Bundstagswahl 1987, als die Grünen einen deutlichen Stimmenzuwachs erzielt hatten, fühlten sich die Parteiflügel stark genug, um gegnerische Flügel herauszudrängen.

In der Partei herrschte bis dahin eine Art „Everything-goes“ vor. Die verschiedenen Politikbereiche koexistierten und sollten ohne eine Präferenz einzelner Politikfelder miteinander in Austausch treten. Abbildung 3 zeigt dabei, dass die Kernüberzeugungen der Partei zwar existent waren, aber im Hintergrund verblieben. Sie bildeten nicht den Ausgangspunkt der direkten Interaktion zwischen den einzelnen Politikfeldern, sondern ergaben sich aus der Zusammenführung sehr unterschiedlicher Ansätze und Herangehensweisen.



**Abb. 3** Ideal der grünen Programmentwicklung

Dem anfänglich wichtigen konservativen Flügel der Partei missfiel dieses Modell. Dort setzte man auf ein Primat der Ökologie, wollte also ein Politikfeld herausheben und von diesem ausgehend Kernüberzeugungen ableiten, die so deduziert dann handlungsleitend für andere Politikbereiche sein sollten. Doch diese Seite unterlag frühzeitig und verließ die Grünen sodann wieder. Dafür erwies sich in den Anfangsjahren aber das auf Vielfalt, Integration vieler unterschiedlicher Mikrogruppierungen und Spezialanliegen setzende Modell als wesentlicher Erfolgsfaktor für die Konsolidierung der Partei. Die Grünen erweiterten ihr program-

matisches Angebot geradezu assoziativ um neue Politikfelder, integrierten rasch Bewegungspotentiale, waren flexibel in der Aktionsweise und in der Ausprägung politischer Schwerpunkte. Sie waren dadurch von Anfang an immer mehr als eine reine Umweltpartei, insbesondere gelang es ihnen, sich als Sprachrohr der Friedensbewegung in Szene zu setzen. Dadurch stiegen sie zur Projektionsfläche ganz vieler anderer Anliegen auf.

Die Programmarbeit der Grünen erfolgte in den ersten Jahren vor diesem Hintergrund quasi auf Zuruf und war daran ausgerichtet, möglichst viele Gruppierungen anzusprechen und dafür wirksame Signale auszusenden. Dabei war die schriftliche Niederlegung der programmatischen Grundlagen in den Wahlmanifesten, Broschüren und Zeitschriften davon gekennzeichnet, dass all das ungefiltert eindringen konnte, was auf keinen Widerstand stieß. Was immer strittig war, wurde geprüft und gegebenenfalls modifiziert, sofern hinreichend Zeit blieb. Im Zweifel wurde eher mehr als weniger akzeptiert oder der Dissens gar programmatisch festgeschrieben.

Während der innerparteiliche Pluralismus also durchaus den Widerspruch gefördert hatte, brachte das Pluralismusverständnis der Grünen selbst es zugleich mit sich, Forderungen zu akzeptieren, die nicht auf die ungeteilte Zustimmung der Partei stießen. Divergente Forderungen oder Formelkompromisse waren somit keineswegs zufällig in die Programmatik eingeflossen. Zeitliche Engpässe bei der Programmerstellung, mangelnde Kenntnisse über einzelne Regelungstatbestände und ein übersprießender Idealismus, darin möglichst viele Interessengruppen einbindend, waren typische Schwächen einer sich konsolidierenden Partei, die einer programmatischen Klarheit ebenfalls nicht förderlich waren. Es fehlten gewisse Routinen, Erfahrungswerte und nicht zuletzt auch das erforderliche Wissen, welches irgendwann in einer Organisation gebunden ist. Vor allem aber war die Parteiorganisation selbst noch derart fragil, dass tiefgreifende inhaltliche Konflikte ihre weitere Konsolidierung ebenso gefährdet hätten wie das Ausblenden solcher Debatten der Klärung ihres Selbstverständnisses entgegengestanden hätte. Das hat bei den Grünen dazu geführt, dass zwar auf der einen Seite wesentliche Richtungsentscheidungen getätigt wurden, dass zugleich aber all jene Positionen, die aus Sicht eines Großteils der Partei mit irrelevanten Themen zusammenhingen, nicht kontrovers entschieden wurden, sondern vertagt, gebilligt oder im Sinne eines breiten innerparteilichen Pluralismus akzeptiert wurden.

Dieses Ideal eines scheinbar herrschafts- und hierarchiefreien Diskurses konnte jedoch letztlich nicht überdecken, dass es Elemente einer politischen Identität gab, wie sie in Form von Kernüberzeugungen im Sinne Sabatiers oder von Leitwerten im Sinne von Argyris und Schön konzeptionalisiert sind. Diese waren auf lange Sicht weitaus wirkmächtiger für die programmatische Entwicklung der Partei als die Summe der Einzelforderungen aus den einzelnen Policies. Vier dieser

Kernüberzeugungen bildeten sozusagen die Grundlage innerhalb derer sich auch die Pädosexualitätsdebatte bei den Grünen entfaltete, ohne dass diese dadurch determiniert worden wäre. Jeder dieser Faktoren beinhaltet zugleich wesentliche emanzipatorische Elemente, von deren Strahlkraft die Grünen bis heute zehren.

### **5.1.1 Bejahende Haltung zur Sexualität**

Die Grünen setzten erstens auf einem Sexualitätsdiskurs auf, der sexuelle Tabus nicht unhinterfragt gelten lassen wollte. Dazu gehörte auch die kritische Würdigung des Geschlechterverhältnisses innerhalb der heterosexuellen Beziehung. Doch in den ersten Jahren war weitaus wichtiger, die Gleichstellung von Homo- mit Heterosexuellen in den Vordergrund zu rücken. Darin versinnbildlichte sich, unabhängig von den Verbindungen der Schwulen- zur Pädosexualitätsbewegung, nämlich eine Offenheit hinsichtlich vieler Formen sexueller Identität. Pädosexualität wurde aus dieser Haltung heraus zunächst einmal nicht per se abgelehnt, aber auch nicht zwangsläufig akzeptiert, gar euphorisch begrüßt. Vielmehr hatte es diesbezüglich einige kritische Stimmen gegeben, die ihrerseits nicht ohne Resonanz geblieben und die auch zahlreich bei den Grünen anzutreffen gewesen waren.

Das bereitete den Grünen in Bezug auf das Thema Pädosexualität längere Zeit relativ wenige Probleme, obwohl Forderungen zugunsten einer entsprechenden Strafrechtsliberalisierung durchaus in diversen Wahlprogrammen Eingang gefunden hatten. Vielmehr bereitete dieses den Weg, um einen politischen Lernprozesses zu beginnen. Die offene Auseinandersetzung im Lichte einer interessierten Öffentlichkeit beförderte nämlich erst die eigentliche Kontroverse zu Tage und verlangte den Delegierten der Parteitage und den Parteimitgliedern ab, sich mit der Materie überhaupt auseinanderzusetzen.

Gleichzeitig führte aber die grundsätzliche, faktisch uneingeschränkte Offenheit bei Fragen der Sexualität auch dazu, dass die Grünen weiterhin anziehend auf die Schwulenbewegung wirkten, in deren Schlepptau sich die Pädosexualitätsbewegung engagierte. Die Schwulenbewegung orientierte sich aber nicht nur wegen des grünen Sexualitätsdiskurses auf die Partei, sondern auch wegen deren zugleich bestehenden besonderen Affinität für Minderheiten.

### 5.1.2 Partei von und für Minderheiten

Während ihrer „Aufbau- und Etablierungsphase“<sup>1036</sup>, also der Zeit vor dem erstmaligen Einzug in den Deutschen Bundestag, hegten die Grünen neben ihren zentralen ökologischen und friedenspolitischen Initiativen nahezu unbegrenzte Sympathien für gesellschaftliche Minderheiten. Sie erklärten ihre Partei in den programmatischen Grundlagen, in der Satzung und in der Wahlkampfkommunikation zu einer basisdemokratischen und eng mit den Neuen Sozialen Bewegungen verzahnten Organisation. Zur Erfüllung dieses Anspruchs öffneten sie sich auch ganz bewusst für allerlei Anliegen, die im Dickicht dieser Bewegungen so aufgegriffen wurden. Der Impetus einer Empathie für marginalisierte Minderheiten verband sich mit der wahlkampfbezogenen Opportunität. Schließlich schien gerade im urbanen Raum eine davon getragene Strategie geeignet zu sein, um den Sprung in die Parlamente zu schaffen.

Dieses Selbstverständnis der grünen Binnenwelt, Anwalt von Minderheiten und Randgruppen zu sein, hat die Gründungszeit überdauert. Die Grünen greifen daher gerne Themen und Positionen auf, die von der gesellschaftlichen Mehrheit nicht unbedingt akzeptiert oder allenfalls als nebensächlich betrachtet werden, was stets dazu führt, dass sie innerhalb der Grünen eine umso stärkere Daseinsberechtigung besitzen.<sup>1037</sup> Die Grünen bringen dazu die zuweilen wenig populäre Bereitschaft mit, gerade unterrepräsentierten Interessen eine Stimme zu verleihen. Das ist unbestritten ein wichtiges Element eines politischen Pluralismus. Wenn jedoch eine Partei sich als reine Artikulationsplattform begreift und sich der Verantwortung entzieht, zuweilen Forderung zurückzuweisen, oder auf einen Ausgleich widerstreitender Interessen verzichtet, kann das zum Problem werden. Dann werden im Namen einer Partei Positionen artikuliert, die zwar von einigen vertreten werden, die aber keineswegs breit geteilt werden. In der öffentlichen Wahrnehmung bleibt dann ein diffuses Bild zurück oder werden debattierte Positionen gleich als beschlossen aufgefasst.

So vollzog sich dieses auch bei der frühzeitigen Öffnung der Grünen zur Schwulenbewegung, weil gegenüber den päderastischen Unterströmungen nur wenige Grenzen aufgezeigt wurden. Auch die Bereitschaft der Grünen, auf verschrobene Gruppierungen zuzugehen oder diese an der Willensbildung mitwirken zu lassen, brachte den Grünen einige Schwierigkeiten, wie sich am Beispiel der Indianerkommune besonders gut zeigen lässt. Von dieser wie auch von den selbst ernannten Aktivisten für Kinderrechte gingen bei den Grünen jedenfalls einige Impulse hinsichtlich einer Entkriminalisierung von Pädosexualität aus.

---

1036 Probst 2007: 174.

1037 Raschke 2001: 371.

Mit ihren Forderungen hinsichtlich einer Veränderung des Sexualstrafrechts in den §§ 174 und 176 StGB wählten sich diese Gruppen sogar leicht in Übereinstimmung mit der Parteimehrheit. Immerhin konnten sie sich auf einen Teil der Wahlkampfkommunikation stützen, konnten einzelne Aussagen von Funktionsträgern der Partei heranziehen oder auf diverse Solidaritätserklärungen zurückgreifen, um zu erkennen, dass man sie in den Reihen der Grünen billigte. Auf einige Aktivisten des pädosexuellen Treibens musste manches sogar als ausdrückliche Einladung wirken, dass sie bei den Grünen politische Unterstützung erhalten könnten. Die Grünen versprachen ihnen – wie allen anderen Minderheiten auch –, dass man sie nicht vergessen werde, dass man für sie im Zweifelsfall auch Sprachrohr sein wolle. Das ging zwar nicht immer explizit damit einher, Sympathie für Pädosexualität zu äußern, wohl aber war die Forderung auf Entkriminalisierung nicht ausgeschlossen, war zum Teil als denkbare Position im Gewand eines Minderheitenvotums oder gar in Form einer expliziten Programmaussage materialisiert. Selbst als die Grünen sich von dieser Position lösten, blieb in der Argumentation der neuen Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik dieses Motiv aus taktischen Gründen eine Weile erhalten.

### 5.1.3 Von der Liberalität zur Antirepression

Die Minderheitenaffinität, der „Minderheiten-Lobbyismus“ oder der „alternative Opportunismus“<sup>1038</sup> war seinerseits eng verbunden mit der antirepressiven Grundhaltung der Partei. Es war ja gerade Ausdruck der grünen Gründungsgeschichte, sich mit dem Späterbe der 68er Bewegung in Form des RAF-Terrorismus wie mit der staatlichen Gegenreaktion darauf auseinanderzusetzen. Die daraus resultierenden Haltungen und Überzeugungen waren keineswegs konsistent. Für die einen bedeutete der Terror, gerade im Jahre 1977, einen Bruch mit dem Radikalismus, wohingegen für die anderen der Einsatz von Gewalt gegen die staatliche Ordnung unter bestimmten Umständen weiterhin legitim war, während wieder andere in ihrer Position schwankten.<sup>1039</sup> Der Riss ging durch die gesamte Partei, stand zeitweilig etwa der weiteren Kooperation zwischen der Bundespartei und der Berliner Alternativen Liste im Wege.<sup>1040</sup> Diese Debatte nahm in der zweiten Hälfte der 1980er nochmals an Intensität zu und schlug sich besonders pointiert

---

1038 Raschke 1991: 177.

1039 Kleinert 1992b: 165; Walter 2009: 328; Mertes 2009: 51; siehe auch Reimann 2009: 261; Schmidt 1998: 115; Volmer 2009: 204; Ditfurth 2011: 55.

1040 Fogt 1991: 236; Reimann 2009: 281.



im Bundestagswahlprogramm 1990 nieder, dann jedoch dezidiert gerade nicht mehr zugunsten der Interessen Pädosexueller.

Trotz der Unterschiede, wie man sich zur staatlichen Gewalt verhalten sollte, gab es aber einen gemeinsamen Kern, der alle Seiten miteinander verband. Die Grünen waren sich insoweit recht einig, die individuelle Entfaltung, die politische Aktion und die Artikulation von Gegenöffentlichkeit grundsätzlich keiner staatlichen Behinderung auszusetzen. Dieses liberale Grundverständnis wurde zum Antirepressionsdiskurs, als daraus abgeleitet wurde, bestehende Zwänge und tradierte Normen als per se überkommenen zu hinterfragen und ohne neuerliche Legitimationsbasis ihre Aufhebung einzufordern. Davon ausgehend sind die Bezüge zum Sexualitätsdiskurs wie zur Minderheitenaffinität leicht herzustellen. Aber auch die in der politischen Linken damals weit verbreitete Psychiatriekritik fand hierin ebenso Anknüpfungspunkte wie anarchistisches Denken, welches alle Institutionen staatlicher Herrschaftsausübung grundlegend infrage stellte. Aus dieser Perspektive müssen Gefängnisse ihre Legitimation grundsätzlich oder wenigstens strafatbezogen rechtfertigen. Damit ist nicht zwingend verbunden, sich für die Belange pädosexueller Straftäter einzusetzen, wohl aber wird dieses zunächst als Ausformung des menschlichen Lebens zur Kenntnis genommen und davon ausgehend auch die Entfaltung dessen nicht von vornherein abgelehnt.

#### **5.1.4 Kritische Wissenschaft oder gläubige Gegenwissenschaft**

Der vierte Aspekt ist geradezu eine Paradoxie grüner Grundüberzeugungen. Die Grünen waren als politische Kraft angetreten, die Axiome deutscher Innenpolitik nicht unwidersprochen hinzunehmen. Das schloss ein, sich nicht auf das zu verlassen, was als allgemeingültig galt und mit dem Signum einer herrschenden Sicht in der Wissenschaft versehen war. Die Grünen betrieben vielmehr eine rege Falsifizierung oder widmeten Mindermeinungen große Aufmerksamkeit. Wenn die Grünen diese Haltung nicht eingenommen hätten, wären sie wohl niemals fähig gewesen, die Atomkraft, das grenzenlose Wachstum oder die sicherheitspolitischen Doktrinen der Zeit zu kritisieren. Doch eine Gegenbewegung stützt sich ihrerseits eben nicht nur auf solche kritischen Ansätze, sondern neigt latent dazu, diese in Form dogmatischer Lehrsätze zu verinnerlichen. Ausgehend von dem Versuch, keine Einpunkt-Partei zu sein, und vor dem Hintergrund ihres raschen parlamentarischen Erfolgs waren die Grünen zudem herausgefordert, sich schnell in verschiedene Themen und Fragestellungen einzuarbeiten. Diese Unvoreingenommenheit traf auf einen moralischen Rigorismus, der gerade bei den Kernthemen stark verbreitet

war. Weil die Mandats- und Funktionsträger der Grünen schnell damit konfrontiert wurden, sich zu mehr Themen zu positionieren als zu den bereits debattierten und moralisch stark aufgeladenen Fragen der Umwelt- und Friedenspolitik, kombinierten sie den moralischen Rigorismus mit der Wissenschaftsskepsis zu einem Glauben an alternative Logiken. Auf dieser Basis leiteten sie aus den Erfordernissen, die ein Leben mit sich brachte, welches in Einklang mit der Natur stehen sollte, verstärkt gesellschaftspolitische Forderungen ab.<sup>1041</sup>

In diesem Zusammenhang wurde ihnen vorgeworfen, in einen „Wissenschaftsfetischismus“ abzugleiten, der in gesellschaftspolitischer Hinsicht letztlich zu ein-dimensional sei.<sup>1042</sup> Gerade in der ersten Hälfte der 1980er Jahre hätten sie sich eine Attitüde der „Besserwisserei“ angeeignet, mit der sie sich politische Themen näherten und zwar ungeachtet der Frage, wie viel Substanz ihre Argumentationsweise tatsächlich aufwies.<sup>1043</sup>

Abermals, daraus folgte erneut nicht zwangsläufig, dass die Grünen in Umkehrung sexueller Dogmen abweichendes Sexualverhalten mit einem Male idealisiert hätten oder es als mögliche Ausprägung einer alternativen Gesellschaftsordnung ansehen mussten. Doch wenn es abseits der tradierten Erkenntnisse zum Umgang mit pädophilen Tätern und zur Lage der Opfer von sexuellem Missbrauch Einschätzungen gab, die beides entproblematisierten, dann durften aus Sicht der Grünen emotionale Argumentationsmuster keinen Bestand mehr haben, sondern waren im Lichte vermeintlich objektiver Erkenntnisse neu zu bewerten.

Und an solchen Erkenntnissen mangelte es gerade in der ersten Hälfte der 1980er Jahre beileibe nicht. Eine regelrechte Phalanx mehr oder weniger angesehener Wissenschaftler und Publizisten verband die Kritik am bestehenden Sexualstrafrecht ganz offen mit einem Plädoyer, pädosexuelle Kontakte nicht mehr unter Strafe zu stellen.

### **5.1.5 Notwendige, aber keine hinreichenden Aspekte**

Alle vier Kernüberzeugungen führten nicht zwangsläufig zu Strafrechtsreformvorschlägen zugunsten Pädosexueller. Aber alle vier Faktoren erleichterten es den Anhängern entsprechender Forderungen, diese bei den Grünen zu verankern, und versetzten die Partei auch in die Lage, diese Positionen in der externen Kommunikation einzusetzen. Selbst für diejenigen Parteiaktivisten, die sich nicht mit

---

1041 Dezidiert: Maren-Griesebach 1982; s. a. Markovits/Gorski 1993: 127ff.

1042 Dudek 1984: 102.

1043 Frankland/Schoonmaker 1992: 76.

der Materie auseinandersetzen, war es grundsätzlich möglich, eine weitreichende Liberalisierung des Strafrechts wenigstens für denkbar zu halten. Diese Auffassung konnte also dann doch auf eine grundsätzlich tief in der Partei verwurzelte Werthaltung aufbauen, nur es handelte es sich eben nicht um einen zwingenden Ausfluss derselbigen.

Die Kernüberzeugungen sprachen einen Teil der Schwulenbewegung an, der selbstbewusst seine eigenen Forderungen vorbrachte und verlangte, dass diese in die grüne Programmatik einfließen mögen. Vieles davon ist heute selbstverständliche Realität, nicht nur innerhalb der Programmatik der Grünen, sondern in der Zwischenzeit in der Gesellschaft insgesamt. Damals war das nicht abzusehen. Jenseits des Alternativmilieus gab es verschiedene Formen, um mal verschämt, mal offen Homosexuelle zu benachteiligen oder auszugrenzen. Obwohl auch innerhalb der Grünen die Sympathie für Anliegen der Schwulenbewegung bei einem Teil der Partei ausdrücklich nicht geteilt wurde, weckten die Grünen mit ihrer Mehrheitsmeinung Hoffnungen auf Akzeptanz und auf Emanzipation.

Die Schwulenbewegung besaß zum Zeitpunkt der offiziellen Gründung der Grünen in ihren eigenen Reihen einen Beifahrer, die Pädosexualitätsbewegung, die ihrerseits um eine Solidarität der beiden Bewegungen bemüht war, was ihr während der 1980er Jahre leidlich gut gelang. Forderungen nach einer Liberalisierung des Sexualstrafrechts waren in der Gesellschaft insgesamt in einer Minderheitenposition, das galt nicht nur für das Thema Pädosexualität, sondern auch für die Streichung des § 175 StGB. Die gemeinsame Wahrnehmung als Minderheit mit partiell gemeinsamen Interessen brachte ein Bündnis von Pädosexualitäts- und Schwulenbewegung mit sich. Allerdings war diese Haltung auf Seiten der Schwulenbewegung keineswegs unumstritten, wohl aber hinreichend gefestigt, damit darüber einiges fast zwangsläufig in die grüne Programmatik eindrang, was ihnen drei Jahrzehnte später so unvorstellbar erschienen ist, damals aber von ihnen nicht entschieden zurückgewiesen wurde.

Über die Politik für Schwule engagierten sich die Grünen für eine Liberalisierung des Sexualstrafrechts, wobei sie auf die Interessen von Pädosexuellen Rücksicht nehmen wollten, ohne sich abschließend festzulegen. Die Programmatik der Grünen auf Bundesebene blieb daher in dieser Frage zunächst unentschieden. In den Gründungs- und Konsolidierungsjahren der Partei kamen etliche Einwürfe, die sich sonst in der Programmatik mehr oder weniger deutlich niederschlugen. Doch nicht immer war das auf das bewusste Bestreben einzelner Gruppen zurückzuführen. Teilweise schrieb man aus falsch verstandener oder wenig reflektierter Solidarität mit „Randgruppen“ einfach ab, was das Grundsatzprogramm so hergab, und dort war im schwulenpolitischen Teil eben ein – eingerahmter, aber letztlich nicht vollkommen zurückgenommener – Absatz zum Thema Pädosexualität zu finden,

der in Bezug auf seinen Inhalt ohne juristische Kenntnisse nebulös, in Bezug auf seine Zielsetzung aber deutlich war.

Die Schwulenpolitik war indes nicht der einzige Zugang dazu. Der zweite Zugang, der ebenfalls schon in den Anfangsjahren zu erkennen war, ergab sich aus den kinder- und jugendpolitischen Programmangeboten der Grünen. Dort analysierte man die kindliche Sexualität und hielt eine strafrechtliche Freigabe von pädosexuellen Kontakten für möglich beziehungsweise für nicht ausgeschlossen. Es waren Ansätze aus der Reformpädagogik oder der Antipädagogik, die damals im Umfeld der Grünen mit Interesse aufgenommen wurden. Für das hier in Frage stehende Thema war zentral, Kinder als gleichberechtigt mit den Erwachsenen anzusehen. Das emanzipative Verständnis einer nicht bevormundenden und nicht reglementierenden Erziehung ließ sich von interessierter Seite dahingehend deuten, dass Kinder in alles nicht nur einwilligen sollten, sondern dass sie dieses auch ohne Zweifel könnten. Das diskursive Feld, welches den sexuellen Missbrauch dadurch zu einer Frage der bloßen Einwilligung reduzierte, war somit eröffnet.

Forderungen, das Sexualstrafrecht zu lockern, aufzuheben oder bei Handlungen, die den sexuellen Missbrauch betrafen, von der Strafe abzusehen, waren in den ersten Jahren der Existenz der Grünen dann gar nicht mal selten in den Programmen anzutreffen. Um Einzelfälle hat es sich jedenfalls nicht gehandelt, aber die Programme waren eben auch nicht flächendeckend davon durchsetzt gewesen. So gab es, etwa in Hessen oder Bayern, Programmprozesse, die am Ende solche Forderungen ablehnten, obwohl Indianerkommune wie Schwulengruppen die Solidarität mit ihnen und ihren pädosexuellen Forderungen teils vehement einforderten.

In diesen Fällen gab es immer Zielkonflikte mit anderen Themenfeldern. Die Grünen entschieden sich dabei zuweilen nicht für eine Klärung der konfliktbeladenen Fragen. Selbst wenn der Konflikt an einer Stelle im Programm debattiert wurde, war dabei beileibe noch kein konsistentes Programm gewährleistet. Entsprechend lehnte die Berliner AL zwar 1985 die Forderungen nach einer expliziten Strafrechtsaufweichung im schwulenpolitischen Programmabschnitt ab, plädierte aber, intern unwidersprochen, weiterhin im Kinderprogramm dafür. Die Anpassung erfolgte defensiv, das heißt, es wurde ohne rückgreifende Interpretation der grundlegenden Wertvorstellungen argumentiert und die Programmanpassung vollzog sich allein auf der Sachebene, aber eben nur dann, wenn die daran Anteil nehmenden Interessengruppen in einem bestimmten Politikfeld in einen füreinander erkennbaren Widerspruch gerieten, was durch die organisatorische Fragmentierung der grünen Parteiorganisation nicht immer zwingend gegeben war.

Bezogen auf das, was die Grünen dann insbesondere zwischen 1980 und 1985 programmatisch aufschrieben, was sie forderten, welche Positionen sie bezogen oder

welche Debatten sie führten, ging es lange Zeit insgesamt kaum um die Klärung ihrer grundlegenden inhaltlichen Positionen. Zwar bemühten sich einzelne Akteure um einen Rückgriff darauf, etwa indem der Minderheitenstatus betont wurde, wie beim Grundsatzprogramm oder auch im bayerischen Landtagswahlprogramm 1982. Doch ein solcher Rekurs verfiel dann nicht, wenn die Argumentation durch andere Aspekte relativiert worden war oder wenn die Auseinandersetzung um eine solche Position mit anderen Deutungsmustern in Konflikt geriet. Soweit sich also Lernprozesse vollzogen, blieben diese in der Einzelschleife gebunden und erreichten nicht das Doppelschleifenlernen.

Was in dieser Phase ausblieb, war nämlich eine eingehende Kontroverse über die Kernüberzeugungen selbst. Die von einigen Grünen gerne selbst postulierte These, dass entsprechende Beschlüsse „durchgerutscht“ seien,<sup>1044</sup> mag damit zusammenhängen, dass man sich nicht an solche tiefgreifenden Diskussionen erinnern kann. Gleichwohl lässt sich die These im Lichte der konkreten, teils langwierigen Auseinandersetzung um die betreffende Programmpassagen dennoch schwerlich aufrechterhalten. Richtig ist, dass die Forderung hinsichtlich der Lockerung des Sexualstrafrechts in den Wahlprogrammen meist keinen breiten Raum einnahm und zudem durch die explizite Nennung der Strafrechtsparagrafen ohne gleichzeitige Erläuterung, was diese genau regeln, auch zuweilen ein wenig camouffiert daher kamen. Sehr unterschiedlich war überdies offensichtlich der Reflexionsgrad der jeweils beschließenden Parteigliederung. So scheint es sich in einigen Fällen eben um eine wenig durchdachte Positionsübernahme aus dem Grundsatzprogramm gehandelt zu haben, in anderen Fällen war es aber sehr wohl zu ausgiebigen, kontroversen und auch gründlich vorbereiteten Debatten gekommen. Auch wenn nicht die gesamte Partei registriert hatte, was da im Gewande einer emanzipativen und fortschrittlichen Schwulen- oder Kinderpolitik daher kam, musste etlichen Mitgliedern doch sehr wohl bewusst gewesen sein, über was sie da abstimmten und was sie beschlossen.

Es handelte sich zudem auch um keine breit in der Partei getragene Forderung, die relevanten Strafrechtsparagrafen auszuhöhlen. Viel zu sehr waren diese innerparteilich nämlich umstritten, auch das zeigen die geführten Debatten. Tatsächlich hatte es kritische Diskurse gegeben, in den Programmkommissionen, auf den Bundes- und Landesversammlungen, bei den Mitgliederversammlungen oder im Nachgang der Beratung von Papieren. Das hatte auch seine Folgen und führte rasch zu ersten Lernprozessen der Grünen. Bereits nach erster Beschlussfassung für das Grundsatzprogramm 1980 musste diese wieder umgehend eingerahmt werden, nicht zuletzt weil sich die konservativen Strömungen in der Partei an

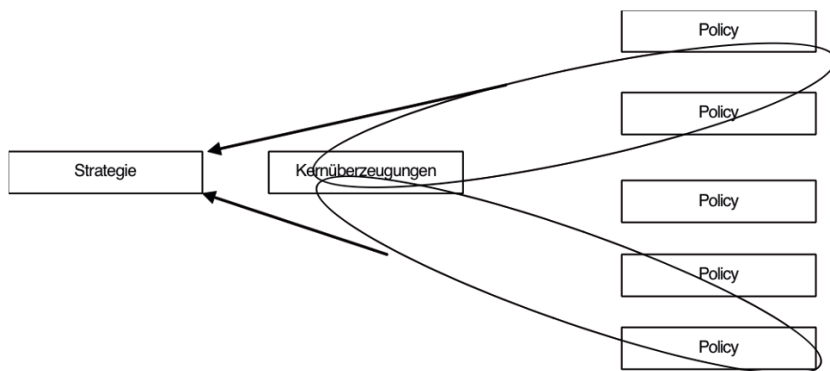
---

1044 Kleinert 1992b: 153.

der prononciert antirepressiven und emanzipativen Grundstimmung in Gänze stießen. Demgegenüber wollte ein anderer Teil gerade diese Haltung zum Anlass nehmen, um sich der konservativen Elemente zu entledigen. Allerdings obsiegte zunächst keine der beiden Seiten vollkommen, weil der vorherrschende Wunsch nach Zusammenhalt der frisch gegründeten Grünen überwog. Die Folge war ein Prozess des Ausklammerns von Konflikten, der Nichtentscheidung zu Grundsatzfragen und des Wahrens eines innerparteilichen Ausgleichs. Diskussionen über die dahinter liegenden Kernüberzeugungen unterblieben daher. Grundsätzlich galten die einander eigentlich antagonistisch gegenüber stehenden Positionen vielmehr als Teil des grünen Politikverständnisses.

Tatsächlich fand keine Debatte statt, in der sich die einzelnen Policies auf die Kernüberzeugungen wirklich zurückbezogen oder zurückbeziehen mussten. Es waren vielmehr Debatten um die künftige Strategie der Partei, die eine Reflexion der Kernüberzeugungen anhand einzelner Policies ermöglichten. Die Strömungen bedienten sich dabei selektiv einzelner Policies, verwiesen auf die Wichtigkeit dieser Anliegen, wobei sie die vage konkretisierten Kernüberzeugungen heranzogen und davon ausgehend die Schlussfolgerungen für die Strategie zogen. Die Grünen waren dadurch sehr viel stärker als zuvor ein heterogenes Geflecht von Partikularinteressen, von gegenläufigen Bewegungen und Organisationsgruppierungen. Diese galt es zusammenzuhalten, gleichzeitig versuchten die Strömungen Einfluss auf die Strategiebildung zu erlangen, wozu sie mittels einzelner Policies Symboliken zu besetzen versuchten. Andere Policies wurden unterdessen nicht oder nur teilweise erfasst. Das bedeutete, dass innerhalb der Grünen Politikfelder nebeneinander standen, von denen einige einen Rückbezug auf die Kernüberzeugungen erhielten, weil sie für die Strategiebildung erforderlich wurden oder sich gut instrumentalisieren ließen, wohingegen andere Politikfelder von diesen Fragen nicht berührt wurden. So bildeten sich thematische Nischen, die in der Gesamtpartei akzeptiert wurden und beste Chancen hatten, weitgehend ungefiltert in die Programmatik der Gesamtpartei übernommen zu werden.

Während dadurch einige Policies von der Debatte um Kernüberzeugungen abgekoppelt waren, dienten andere Kontroversen dazu, die Kernüberzeugungen selbst zu verändern. Inhaltliche Lernprozesse vollzogen sich somit nur bedingt in der Form einer Doppelschleife, je nach Einbindung in die Strömungsstreitigkeiten war eine Wirkung auf die Kernüberzeugungen möglich.



**Abb. 4** Strukturierung des weiteren Programmprozesses

Dadurch entstand mit der Zeit aber eine Differenz zwischen den sich wandelnden Kernüberzeugungen und den innerhalb der jeweiligen Policy gepflegten Debatten. Insoweit eine Policy durch die Strömungen instrumentalisiert wurde, konnte Kenntnis von der Veränderung der Kernüberzeugungen genommen werden, wie Abbildung 4 zeigt. Insoweit sie aber von diesem Diskurs abgekoppelt war, konnten sich die in ihren Bereich geführten Diskussionen von den veränderten Kernüberzeugungen weiterhin unabhängig entwickeln. Dabei muss dieser Prozess der inhaltlichen Differenz zwischen der einzelnen Policy und den Kernüberzeugungen zunächst gar nicht weiter auffallen, wenn die handelnden Akteure innerhalb einer jeweiligen Policy der Auffassung sind, dass sie in Übereinstimmung mit den Kernüberzeugungen handeln, dabei jedoch nicht realisieren, dass sie unter dem gleichen Begriff etwas Anderes subsumieren als der Rest der Partei.

## 5.2 Lernprozesse zweiter Ordnung: Remodifikation von Kernüberzeugungen

Die vier hier identifizierten Kernüberzeugungen wurden auf Seiten der verschiedenen Teilgruppen und innerhalb einzelner Policies der Grünen mit der Zeit tatsächlich sehr unterschiedlich interpretiert beziehungsweise zu unterschiedlichen programmatischen Ansätzen verdichtet. Die fragmentierte Struktur der Parteiorganisation hat es mit sich gebracht, dass dieses lange Zeit ohne grundlegende Probleme möglich war. Zwischen und innerhalb der einzelnen Gebietsverbände waren die einzelnen

Gruppen und Arbeitszusammenhänge eher disparat organisiert oder koexistierten vielmehr als dass sie miteinander kooperierten. Dieses behinderte Lernprozessen der Gesamtpartei strukturell.

Das korrespondierte mit der geringen breitenöffentlichen Wirkung, welche Positionen und Forderungen erzielten, die innerhalb einer Teilgruppe formuliert und sodann von der Gesamtpartei teils oder in Gänze übernommen wurden. Gerade die Position mancher Landes- und Kreisverbände der Grünen bei dem Thema Pädosexualität war daher weder für die Medien noch für den politischen Konkurrenten noch für die innerparteilichen Flügel auf den ersten Blick ersichtlich, obwohl die Programme verfügbar waren, gelesen wurden und es sogar zielgruppenspezifische Wahlkommunikation gegeben hatte. Fast niemand empörte sich über das Thema Pädosexualität in der grünen Programmatik, nutzte es für eigene Zwecke oder sprach die Grünen darauf an. Viel zu sehr waren einige sonstige Aspekte der inhaltlichen Fundierung und strategischen Orientierung der neuen Partei von Interesse und stießen schon auf hinreichend kritische Reaktionen. Die außenpolitische Haltung der Grünen, ihre wachstumskritische Position, ihre unklaren deutschlandpolitischen Auffassungen waren schon konfliktreich genug, um damit seitenweise die Kommentarspalten in den Medien zu füllen oder den politischen Mitbewerber in helle Aufregung zu versetzen, gar Zweifel an der Verfassungstreue der Grünen zu nähren. Auch ihre Parteiideale mit Rotation der Abgeordneten, Trennung von Amt und Mandat sowie ihr Verschleiß an Führungspersonal boten genügend Stoff für die Berichterstattung sowie für die weiteren innerparteilichen Debatten.

Mit dem Einzug in den Bundestag bestand aber die Möglichkeit, zuvor erhobene und zielgruppengerecht kommunizierte Forderungen auch politisch umzusetzen. Das führte zunächst dazu, dass die Anziehungskraft auf die Pädosexualitätsbewegung erst einmal zunahm. Nach dem Wegfall der Jungdemokraten als Bündnispartner und dem Zerfall der aus der Bewegung stammenden eigenen Organisationsstrukturen setzten einige aus diesem Kreis auf die Grünen, verlangten, dass diese die ausgesendeten programmatischen Signale sodann in parlamentarisches Handeln übersetzen würden. Je stärker, genauer: je wortgewaltiger sich diese Strömung bei den Grünen aber äußerte, desto eher wurden dadurch aber die Gegendiskurse gefördert, die in den ersten Jahren zwar vorhanden, aber eben zu schwach waren, um gegen das gewünschten innerparteilichen Pluralismusverständnis anzukommen.

Die Grünen versuchten zwar die ganzen Widersprüche und Gegensätzlichkeiten institutionell noch weiter einzuhegen. Dazu gehörten ein System der ausgefeilten Machtkontrolle mit imperativen Mandaten, sich gegenseitig kontrollierende Gremien und Organen sowie eine gefestigte wie weiterhin fragmentierte Struktur für die unterschiedlichen Interessengruppen, denen die Grünen einen Resonanzraum bieten wollten. Allerdings ließen sich Widerspruch und Einwände gegen bezogene



Positionen nicht mehr so einfach befrieden wie in der ersten Phase der Parteiwerdung, da die öffentliche Aufmerksamkeit, die Fraktionen und die konsolidierte Parteiorganisation nebst der Strömungen und Arbeitsgemeinschaften in der Lage waren, sich kritisch zu Vorschlägen oder Positionen zu äußern. Bestimmte Routinen waren in der Organisation erwachsen und sei es die besondere Achtsamkeit oder das gepflegte Misstrauen gegenüber Vorschlägen von innerparteilichen Antipoden. Eine Debatte um Positionen und programmatische Ziele war sodann häufiger damit verbunden, auf grundlegende Überzeugungen der Partei zu verweisen. Das mündete zwangsläufig darin ein, dass Grundüberzeugungen öfters tangiert und infrage gestellt wurden. Diskussionen wuchsen sich dann rasch zu Grundsatzdebatten aus.

Eine bloße Korrektur von Aktionsstrategien durch die Betrachtung der Konsequenzen erfolgte beim Thema Pädosexualität dadurch nicht mehr, ohne dass dieses einen tiefgreifenden Rückbezug auf die Kernüberzeugungen zu Folge hatte, jedenfalls dann nicht, wenn die Grünen auf die Veränderung ihrer gesellschaftlichen Umwelt bewusst oder unbewusst reagieren wollten.

Doch die Grünen passten sich weniger an eine veränderte Umwelt an, sondern trugen Debatten aus, die längst in der Partei angelegt waren, eben weil die Gegenposition in der Partei schon vertreten worden war. Allerdings trafen die bejahenden und die ablehnenden Positionen lange Zeit kaum so aufeinander, dass sie entscheidend und hinreichend in der Gesamtpartei wahrgenommen worden wären. Es mutet ein wenig paradox an. Solange die Grünen über das Thema schwiegen, sich fast niemand für ihre Position zum Thema Strafrecht bei pädosexuellen Handlungen interessierte, fanden unterstützende Positionen zugunsten von Pädophilen und Pädosexuellen hier und da politisch bei den Grünen eine gewisse Resonanz, boten die Grünen ihnen Nischen, die mit den Kernüberzeugungen übereinstimmten. Von dem Augenblick an aber, an dem die Grünen sich mit den Forderungen näher auseinandersetzten oder von Seiten der Pädosexualitätsbewegung eine Parteinahme regelrecht und lautstark eingefordert wurde, fanden solche Forderungen innerparteilich weit weniger Resonanz.

Schon bei der innerparteilichen Aufarbeitung der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 1985 blitzte immer wieder auf, wie schwer sich die Grünen aber letztlich weiterhin damit taten, eine entschiedene Position gegen Pädosexualität einzunehmen. Was sie dabei umtrieb, war nicht das Thema selbst. Diesbezüglich waren die ablehnenden Meinungen zwischenzeitlich klar und deutlich erkennbar. Schwierigkeiten bereitete den Grünen, dass diese Position eben im Gegensatz zu den Kernüberzeugungen stand, welche die Grünen ansonsten prägten. Das umfassende Verständnis für die Interessen von Minderheiten war letztlich tangiert. Der Antirepressionsdiskurs veranlasste sie, Strafgefangene per se als Opfer anzusehen und weniger an deren Opfer zu denken. Man wollte – in Fortschreibung

der Wissenschaftsgläubigkeit – auch nicht die vorgelegte und so lange der eigenen Programmatik zugrundegelegte sexualwissenschaftliche Expertise bezweifeln. Das Thema rührte letztlich an einigen Grundfesten der Partei. Die grundlegenden Überzeugungen der Partei mussten daher neu austariert werden.

Gerade die schwerfällige Anpassung offenbart, dass der weitere Lernprozess eben keiner erster Ordnung mehr war, für den – vor dem Hintergrund einer unbeabsichtigten Reaktion in Gestalt der schweren Niederlage bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – längerfristig weder eine defensive Anpassung von Handlungsroutinen noch irgendwelche Formelkompromisse mehr ausreichten.

Die Auseinandersetzung um das Wahlprogramm in Nordrhein-Westfalen verbesserte allerdings auch die Lernprozesse erster Ordnung. Im Schatten der dominanten Themen der Anfangsjahre, also der Umwelt- oder der Friedenspolitik, waren die ersten Debatten um Pädosexualität nicht weiter in der Öffentlichkeit oder beim Großteil der Parteimitgliedschaft aufgefallen. Was die Grünen an programmatischen Bausteinen entwickelten, bezog sich in erster Linie auf die Wirtschaftspolitik und widmete sich dem Verhältnis von Ökologie und Ökonomie zueinander. Ansonsten standen strategische Fragen der Regierungsbeteiligung und der Mitarbeit in den Parlamenten und Vertretungskörperschaften im Vordergrund, sie überwölbten oftmals die inhaltlichen Auseinandersetzungen, traten zuweilen auch an deren Stelle. Dafür blieben die Grünen eine Partei, die sich weiterhin bemühte, viele Politikfelder abzudecken. Der Einbezug einer Vielzahl von Themen und Interessen war oftmals mit der Bereitschaft verbunden, die Anliegen aller möglichen Gruppierungen und Minderheiten unmittelbar in die Programmatik aufzunehmen, diese zumindest grundsätzlich nicht zurückzuweisen, sondern irgendwie in den grünen Gesamtprogrammkontext einzubinden. In dem Maße, wie aber Themen öffentlich verhandelt wurden, hatten sich auch diejenigen in der Partei damit auseinanderzusetzen, die sich bis dato nicht oder wenig um die Dinge gekümmert hatten, die sie nicht interessierten. Die programmatische Wende von Nordrhein-Westfalen zeugt davon.

Lernprozesse zweiter Ordnung verbanden sich hingegen mit einer Verlagerung von Machtgewichten und der wachsenden Fähigkeit der Grünen, Debatten bewusster und zielgerichteter zu strukturieren. So hatte es in der Bundestagsfraktion längst eine Orientierung an Diskursen gegeben, die einer Bejahung der Pädosexualität vehement entgegenstanden. Insbesondere durch das Thema sexueller Missbrauch war ein Perspektivenwechsel erfolgt. Zwar alimentierte die Fraktion zugleich die Bundesarbeitsgemeinschaften, in deren Kreis sich eine explizit auch den Interessen von Päderasten verschrieben hatte. Doch was diese an die Bundestagsfraktion herantrug, stieß bei den Mandatsträgern oder Mitarbeitern auf wenig Unterstützung. Hingegen war das Thema sexueller Missbrauch von Mädchen zum Anliegen der

Fraktion geworden, weswegen gerade die Frauen in der Fraktion sich entschieden irgendwelchen Formelkompromissen oder Kompensationsangeboten widersetzen.

Wirklich in Gang gerieten die damit verbundenen Lernprozesse aber ebenfalls erst durch einen externen Schock, der überwiegend als Fehler, Ineffizienz oder Problem aufgefasst wurde. So hat der Landesvorstand der baden-württembergischen Grünen 1985 die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen dann antizipiert und nach Wegen gesucht, um zunächst situativ einem propädosexuellen Beschluss vorzubeugen. Andernorts schlug sich dieses erst nach weiteren Schocks nieder, etwa die Festnahme eines Aktivisten des Bereichs Schwule der Berliner Grünen im Jahr 1994 und das sich anschließende mediale Echo. Solche externen Schocks können auf eine Parteiorganisation zurückwirken und einen strategischen Lernprozess induzieren.

Die Debatte um Pädosexualität verließ also die erste Lernschleife und stieß eine zweite Lernschleife an. Die entstandene interne Lernbereitschaft wurde durch den externen Zwang zur Anpassung ergänzt und verstärkt. Bedingt durch die nordrhein-westfälische Programmberatung und die Debatten in Baden-Württemberg richtete sich Mitte der 1980er Jahre mit einem Male die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Forderungen, welche die Grünen zum Thema Pädosexualität vertraten oder bis dato zumindest für denkbar erachteten. Der irreparable Schaden in der nordrhein-westfälischen Wahlkampfkommunikation hinterließ zwischenzeitlich Spuren im damaligen kollektiven Gedächtnis der Grünen. Ein Prozess der grundlegenden Veränderungen setzte in der Partei ein, die am Ende nicht nur die schwebende Pädosexualitätsdebatte betraf, dort aber seinen Niederschlag fand.

Pädosexualität wurde zudem im wissenschaftlichen Kontext längst anders wahrgenommen als in den Gründungsjahren der Grünen. Multiplikatoren, die Meinungsbilder prägten oder auf gesellschaftliche Trägergruppen einwirkten, waren skeptischer als zu Beginn des Jahrzehnts. Und auch Sexualität hatte als Diskursthema an Bedeutung verloren.

Der Lernprozess war daher keiner, der sich auf das Thema Pädosexualität allein reduzieren ließ, zumal das Herausbilden eines neuen Kräftegleichgewichts in der Partei schon zuvor eingesetzt hatte. Indem einzelne Gruppen stärker anwuchsen als andere, gewannen sie innerorganisatorisch ein größeres Gewicht und konnten so zunehmend ihre Sichtweise als allgemeinverbindlich bei den Grünen durchsetzen oder leichter den Anspruch erheben, dieses zu erreichen. Gelingt es ihnen überdies noch, ihre Macht personell oder institutionell zu sichern, haben sie sogar einen großen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Gesamtorganisation, eben weil sie auf die Kernüberzeugungen Einfluss nehmen können oder diese modifizieren. Dieses war den bei den Grünen aktiven Frauen in der Mitte der 1980er Jahre gelungen. Die von ihnen verbreiteten gegenläufigen Deutungsmuster zum Pädosexualitätsdiskurs,

wie er aus der Schwulenbewegung zu den Grünen gelangte, wirkten unmittelbar auf die Kernüberzeugungen ein, passten diese an.

Die Frauen bei den Grünen machten sich vor allem in der Mitte der 1980er Jahre auf, eine breite frauenpolitische Agenda bei den Grünen zu verankern, und sicherten sich durch das 1986 verabschiedete Frauenstatut einen besonderen institutionellen Einfluss. Das erleichterte es ihnen, ihre Positionen zu verankern.

---

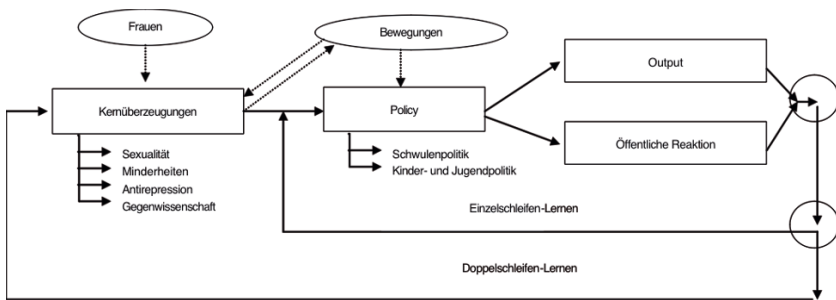
### **5.3 Unlearning an Stelle eines vollkommenen Deuterolernens**

Der bei den Grünen vollzogene Lernprozess war also nur in Teilen eine bewusste Auseinandersetzung mit dem Thema Pädosexualität, sondern stellt sich in der Rückschau als Überlagerung von bereits angelegten Diskursen durch wirkmächtigere und einflussreichere Gegendiskurse dar.

Die beiden Lernschleifen, die offenkundig durchlaufen wurden, waren demnach nicht durch die endogene Fehleranalyse durchlaufen worden, sondern bedurften externer, aber teilweise in der Partei angelegter Impulse. So zeigt Abbildung 5, dass die Kernüberzeugungen der Grünen selbst noch im Fluss waren, dass auf sie Veränderungen einwirkten. Wirkmächtig und mit innerorganisatorischer Macht versehen, flossen feministische Positionen ein, führten zu einer Veränderung einiger Kernüberzeugungen. Demgegenüber gab es mit den Bewegungen einen Austausch.

Die Bewegungen hatten die Herausbildung der Kernüberzeugungen befördert und wirkten unmittelbar auf die Erstellung einzelner Policies ein. Doch im Zuge der Festigung der grünen Parteiorganisation wurde das Verhältnis von Partei zu den Bewegungen ein reziprokes. Ausgehend von den gemeinschaftlich festgelegten Kernüberzeugungen in der Partei positionierten sich die Bewegungen neu. Gleichzeitig, aber nicht kausal auf den Parteibildungskurs zurückzuführen, verloren sie an Schlagkraft und Handlungskraft, so dass ihr Einfluss auf die Policies schwächer wurde und ihre Rückkopplungsmöglichkeiten auf die Kernüberzeugungen abnahmen beziehungsweise davon abhingen, welche Bewegungen noch im Stande waren, wirkungsvoll auf die Grünen einzuwirken. Im Pädosexualitätsdiskurs waren die anfänglichen Träger jedenfalls schnell schwächer geworden als andere Bewegungen.

Diese Prozesse sind zunächst einmal außerhalb der eigentlichen Pädosexualitätsdebatte verlaufen. Diese hatte sich in zwei Nischen eingerichtet, war in Teilen abgekoppelt vom weiteren Entwicklungsprozess der Partei selbst. Solange zwischen den Bewegungen und den einzelnen Policies ein Austausch herrschte und solange die Kernüberzeugungen nicht weiter gefestigt waren beziehungsweise noch in



**Abb. 5** Lernprozess der Grünen in der Pädosexualitätsdebatte

Veränderung begriffen waren, konnten Lernprozesse sich als Einzelschleifen vollziehen. Das brachte Formelkompromisse hervor, vertagte Themen, gewährte ihnen Nischen, die vom Rest der Partei nicht weiter beachtet wurden. Der kritische Punkt war der Rückbezug zu den Kernüberzeugungen insgesamt. Dieser blieb lange Zeit aus.

Dafür gab es zwei Punkte, über die Lernprozesse veranlasst werden konnten. Output oder öffentliche Reaktion mussten zur Kontroverse führen, die sodann eine grundlegende Neujustierung von Kernüberzeugungen nach sich zog beziehungsweise den erreichten Stand dieser Überzeugungen auf das Diskursfeld anwandte. Die beiden Kreise in Abbildung 5 sind die Entscheidungspunkte, an denen bei den Grünen politische Führung gefordert war. Führung erfolgt dabei in der Form der Einhegung oder in der Steuerung des Konflikts. Sie ist in den ersten Jahren unter dem Eindruck widerstreitender Bewegungen quasi im Selbstlauf vonstattengegangen und wurde danach teilstrukturiert durch Strömungen, Vorstände oder anderen Gruppen innerhalb der Partei (etwa in Form der Fraktion) ausgeübt.

Solange der Diskurs sich in der reinen Nische der Schwulenpolitik oder in der Kinder- und Jugendpolitik entfaltete, aber weder die Öffentlichkeit erreichte noch in den Gremien der Partei debattiert wurde, war Führung vergleichsweise einfach möglich. Die Fraktion etwa ließ die SchwuP regelrecht auflaufen. Sie hatte zugleich den Prozess so strukturiert, dass der Lernprozess in der Debatte ein Einzelschleifen-Lernen blieb. Die SchwuP war aus Sicht der Fraktion auch zu schwach, die Debatte zu erweitern und zu öffnen. Erst durch die Tumulte im Rahmen der nordrhein-westfälischen Entscheidung wurde ein Prozess des Doppelschleifenlernens ausgelöst.

Die Partei oder die Parteiführung hatte sich bis dahin in der Frage der Pädosexualität nicht weiter um das gekümmert, was im Rahmen ihrer Organisationsform passierte. Zumal schon genügend Ressourcen gebunden waren, um die fragile

Machtkonstellation und damit den Erfolg der nur knapp über der Fünfprozenthürde agierenden Partei nicht zu gefährden. Eine Politik der Konfliktvermeidung, die eine Mehrdeutigkeit programmatischer Aussagen in Kauf nimmt, war Ausfluss jener durch externe Erfordernisse vorgegebenen Strategie. Geradezu exemplarisch haben sich die Grünen damit in etwas hinbegeben, was von Argyris und Schön als primäre Hindernisschleife bezeichnet wird.<sup>1045</sup> In einer solchen erfolgen defensive Anpassungen, die letztlich dysfunktional sind, weil sie die eingegangenen Irrtümer verstärken. Einige Grundüberzeugungen der Partei haben zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen geführt. Die Tatsache, dass Positionen zum Thema Pädosexualität von Anfang an strittig waren, spricht dafür. Während also die Befürworter einer strafrechtlich ungeahndeten Pädosexualität davon ausgingen, dass ihre Position mit den Kernüberzeugungen der Partei übereinstimmten, hielten die Gegner dieser Auffassung eine solche Position für zwar unter Umständen vertretbar, aber keineswegs für mehrheitsfähig. Deswegen konnten die Gegner auch die Befürworter gewähren lassen. Sie sahen in deren Handeln keine Gefahr für den Erfolg der Organisation, demgegenüber die Befürworter sich dadurch erst recht ermutigt fühlten, ihre Position weiter zu vertreten.

Die Zurückhaltung, diese divergente Wahrnehmung aufzulösen, wodurch ein Lernprozess zweiter Ordnung eingeleitet worden wäre, resultierte daraus, dass in dieser Phase die weitere Konsolidierung und Etablierung der Partei möglicherweise gefährdet worden wäre. Doch ein solcher Prozess wurde indes notwendig in dem Moment, als die innerhalb der ersten Lernschleife diskutierten Positionen in eklatanten Widerspruch zu dem gerieten, was ansonsten gesellschaftlich wie innerparteilich in der Zwischenzeit dominant geworden war.

Daraus sind zwei Folgerungen zu ziehen, die sich auf die Wahrnehmung des Themas in der Partei des Jahres 2013 ausgewirkt haben. Zum einen spricht vieles dagegen, dass es sich bei diesen Forderungen um ein Thema gehandelt hat, bei welchem ein ideologisches Grundverständnis zugunsten einer pädosexuellen Libertinage bereits zu den Kernüberzeugungen der Grünen gehört hat. Zum anderen hat der Debatte offensichtlich aber der weitergehende Resonanzboden in der Partei gefehlt. Während andere Fragen und Themen zur Klärung strategischer und inhaltlicher Konflikte beigetragen haben, war das Thema Pädosexualität eines, welches dann später nicht den Wahrnehmungsfilter der Strömungsaueinandersetzungen durchquerte. Demgegenüber war der Umgang mit Vergewaltigung zum Element heftigster Debatten zwischen den Flügeln geworden, wiewohl die Positionen sich dem Grundsatz nach nicht sonderlich unterschieden. Deswegen wiederum schärften die Grünen ihre Argumentation in Bezug auf dieses Thema, verfolgten aufmerksam

---

1045 Argyris/Schön 2006: 102.

die Kabale der Protagonisten der einzelnen Flügel und waren sich dem Grunde nach weitgehend einig in der Zielrichtung. Das trug nebenbei zur weiteren Strukturierung des Pädosexualitätsdiskurses in den späten 1980ern bei, festigte durch implizites Lernen die Positionen in dieser Frage. Schließlich ging es ja dabei auch um eine Verlagerung von Straftatbeständen aus dem allgemeinen Nötigungsrecht in das Sexualstrafrecht, wohingegen die Unterstützer pädosexueller Forderungen genau das Gegenteil erreichen wollten. Die relative Unwirksamkeit des Rechts in Bezug auf das Thema Vergewaltigung war somit ein deutlicher Beleg für die Gefahr, die eine analoge Reform im Strafrecht bei der Pädosexualität bewirken würde.

Während Pädosexualität bei der stark polarisierten Vergewaltigungsdiskussion als Nebenaspekt behandelt wurde, war es ansonsten ein vollkommen randständiger Aspekt grüner Parteienentwicklung, der sich indes vielfältig äußerte und über einen längeren Zeitraum immer wieder auftauchte.

Insofern verwundert es dann zunächst einmal schon, dass sich eine Lesart in der Partei stark verbreitet hat, die 2013 auf unglückliche Zufälle und nicht intendierte Entwicklungen verwiesen hat. Allerdings gibt es Gründe dafür, warum man diese Sicht eingenommen hat. Im Rückblick und aus der heutigen Perspektive kann oder will man sich schwerlich ausmalen, dass die eigene Partei einst ernsthaft Sympathien für Pädosexualität besessen hatte; bestenfalls als eine der doch zahlreichen Absurditäten der Gründungszeit kann man sich das noch vorstellen. Andererseits – und das ist für die Bewertung sehr entscheidend – drückt sich darin aber auch aus, dass man bereits damals weder innerparteilich noch gesellschaftlich und schon gar nicht in der politischen Kommunikation sonderlich nennenswert Notiz davon genommen hat. Abgesehen von den Kontroversen um das nordrhein-westfälische Programm, das ja seinerseits nicht unbedingt durch Klarheit in dieser Frage glänzte, war es bei diesem Thema öffentlich ruhig geblieben. Und daher hat gerade Nordrhein-Westfalen am Ende den Eindruck erweckt, als handele es sich um einen singulären Fehler, der dann eben nicht beabsichtigt worden war und zudem schnell korrigiert wurde.

Hinzu kommt noch ein weiterer Aspekt, auf den Lerntheorien hinweisen. Eine bewusste Positionsänderung geht damit einher, dass Veränderungen von Normen oftmals mit der Etablierung von „Organisationsmythen“ verbunden sind.<sup>1046</sup> Diese überdauern lange Zeiten und besetzen die Lücken zwischen empirischem und theoretischem Wissen.<sup>1047</sup>

Hier wirkt die starke Fragmentierung der Parteiorganisation in den 1980er Jahren nach. Zwar war die komplette Parzellierung der Partei aus den Anfangsjahren

---

1046 Wiesenthal 1995: 143.

1047 Ebd.

durch die Strukturierung der Diskurse über die Strömungen abgelöst worden. Doch diese neue Strukturierung fiel ihrerseits erst durch die Parteitransformation fort beziehungsweise veränderte sich im Zuge derer ab Anfang der 1990er Jahre.

Die Grünen lösten sich vom Selbstverständnis bloßes Sprachrohr von Bewegungen zu sein, setzten den mit der Parteigründung begonnenen Prozess der Institutionalisierung von Bewegungsimpulsen in Gestalt einer Partei fort. Sowieso war der Verweis auf die bunte Bewegungslandschaft schon ab Mitte der 1980er Jahre kaum mehr zielführend. Von den sozialen Bewegungen, welche die Grünen förmlich in die Parlamente getragen hatten, gingen nur noch wenige Impulse aus.

Dadurch sind letztlich der Zweischleifen-Lernprozess vertieft und Strukturen angelegt worden, die einer Pädosexualitätsdebatte, wie sie in der ersten Hälfte der 1980er Jahre geführt wurde, entgegenstehen. Damit wurde die Debatte letztlich überlagert. Die hier in Rede stehenden Strukturveränderungen sind mit der Annahme des Frauenstatuts auch in organisatorischer Hinsicht erkennbar geworden. Die damit einhergehende Privilegierung von Frauen innerhalb der grünen Parteiorganisation hat nämlich nicht nur zu einer Anpassung der Kernüberzeugungen geführt, sondern auch die von dieser Gruppe vertretenen Kernüberzeugungen eng an die Policies angebunden. Das bedeutet, Policies durchlaufen nicht nur die einfache Lernschleife, sondern werden bereits präventiv auf ihre Passung zu den bestehenden Kernüberzeugungen abgeglichen, insbesondere insoweit die Interessen der Frauen bei den Grünen betroffen sind. Die Entscheidungsknoten, bei denen Entscheidungsträger mit darüber bestimmen, ob beziehungsweise welche Lernschleife durchlaufen werden soll, konnte so von einer weiteren Gruppierung genutzt werden.

Die zweite organisatorische Veränderung stellte die Anerkennung der BAG Schwulenpolitik dar. Auf Seiten der SchwuP zeigte man sich unnachgiebig in den Sachfragen und provozierte so letztlich auch in den eigenen Reihen. Die schwulenpolitisch engagierten Grünen, welche die Beschlüsse zur Päderastie aus taktischen wie inhaltlichen Gründen nicht teilten, bemühten sich mit der Zeit um ein organisatorisches Schisma.

Damit war aber beileibe eine Teilgruppe nicht ausgeschaltet, welche die Forderungen nach strafrechtlicher Freistellung von pädosexuellen Handlungen weiterhin unterstützte. Deswegen war von führenden Personen der Arbeitsgemeinschaft mit taktischen Finessen versucht worden, diese Kreise einzubinden, indem man zu einem späteren Zeitpunkt eine Entkriminalisierung zumindest unter bestimmten Umständen für denkbar hielt. Resonanz fanden solche Forderungen zudem noch dort, wo antirepressive Positionen besonders prononciert vertreten wurden und wo man die Affinität zu Minderheiten überaus stark betonte.



Wenn also der Entwicklungsprozess der grünen Pädosexualitätsdebatte bis dato eine Mischung aus reaktiver Anpassung und interner Veränderung der Kräfteverhältnisse war, kamen am Ende der 1980er Jahre erhebliche Veränderungen der Parteiorganisation, ihrer programmatischen Ausrichtung und ihres Parteiverständnisses hinzu. Abstrakt gesprochen, wenn ein an sich isolierter Lernprozess zeitlich mit einem größeren Lern- und Veränderungsprozessen der Gesamtorganisation zusammenfällt, dann erfährt der ursprüngliche Lernprozess eine implizite Aufwertung oder beinhaltet Elemente, die für eine Partei durchaus als Ansätze eines Deuterolernens zu verstehen wären, ohne dass sich ein solches tatsächlich vollzieht. Forderungen nach einer umfassenden oder partiellen strafrechtlichen Freigabe von Pädosexualität fanden jedenfalls nicht mehr automatisch eine tolerierende Unterstützung, wenngleich unvermindert vereinzelte Teilgruppen der Partei einer solchen Haltung zuneigten. Zugleich waren Kräfte am wirken, die die Träger solcher Interessen aus der Partei herauszudrängen versuchten.

Die Grünen flankierten schließlich die Anerkennung der BAG Schwulenpolitik mit dem klaren Bekenntnis, Pädosexualität nicht zu billigen. Sie hatten dadurch 1989 einen ersten Schlusstrich in der Debatte gezogen, der in der kollektiven Wahrnehmung der Partei eigentlich noch umso stärker wirken musste, nachdem 1990/91 die Ökosozialisten, die Radikalökologen und Teile des Linken Forums die Partei größtenteils verlassen hatten. Auch wenn oder gerade weil die Diskussion um Pädosexualität ausdrücklich kein Teil der so weitgehend beendeten Fundi-Realo-Kontroverse gewesen war, war die Abfolge dieser Ereignisse für die Partei so etwas wie ein gelungenes Ende einer quälenden Entwicklung gewesen. Man wähnte sich – trotz der wenigen Nachhutgefechte, die vor allem noch in Berlin tobten – fortan immun gegen Positionen, die eine Strafrechtsreform im Interesse Pädosexueller verlangten. Wenngleich also kurzzeitig noch Nischen bestehen blieben, veränderte sich die Programmatik der Grünen auf der Ebene der Kernüberzeugungen insgesamt dann doch so entscheidend, dass dadurch der Möglichkeitsraum für Forderungen hinsichtlich einer Strafrechtsreform zugunsten pädosexueller Täter erheblich eingeschränkt wurde. Insgesamt sollte es aber bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993 dauern, bis sich die Grünen programmatisch, strategisch und organisatorisch hinreichend so aufgestellt hatten, dass sie als Partei in Regierungsverantwortung wie in der Opposition handlungsfähig wurden. Die Loslösung von der Pädosexualitätsdebatte bei den Grünen vollzog sich quasi parallel zu diesem Veränderungsprozess, war gleichwohl eben nie ein integraler Bestandteil dessen und schon wesentlich früher weitgehend abgeschlossen gewesen.

Damit setzte das ein, was in der Literatur gerne mit „unlearning“ bezeichnet wird, was mit dem deutschen Wort „vergessen“ nur unzureichend übersetzt wäre. Organisationen verfügen nur über begrenzte Kapazitäten, Wissen zu behalten, zu

speichern, zu archivieren und verfügbar zu machen. Sie müssen daher im Zuge eines Lernprozesses auch Wissen verdrängen oder ausblenden, welches sie sich eigentlich schon angeeignet haben. Sie brauchen Aufnahmekapazitäten für neues Wissen, wobei sie dasjenige Wissen ausselektieren, welches für die gegenwärtigen Herausforderungen am wenigsten genutzt werden kann.

In dem Maße, wie sich die Grünen also als Gesamtorganisation inhaltlich, organisatorisch und personell verändert haben, war es nicht mehr notwendig gewesen, die Lern- und Debattenprozesse über die Frage der Pädosexualität im kollektiven Gedächtnis der Organisation zu bewahren. Die Grünen hatten sich bis Anfang der 1990er Jahre soweit schon verändert, dass eine Position zugunsten einer entsprechenden Strafrechtsnovelle abwegig erschien. In dem Moment, wo nun die Gefahr gebannt erschien, bei einem solchen Thema zu Positionen zu gelangen, die mit den Kernüberzeugungen der Partei nicht übereinstimmten, sahen sich die Grünen veranlasst, das Thema buchstäblich ad acta zu legen.

Allerdings führte das dazu, dass man etwas sorglos mit der Erinnerung umgeht. Entsprechend war dann schon für das Wahlprogramm in Niedersachsen 1994 eine missverständliche Programmpassage formuliert worden, die aber umgehend korrigiert werden konnte. Entrüstet reagierte man auch auf die Vorhaltungen der Union in der Mitte der 1990er Jahre und nachvollziehbarerweise war man dann auch sprachlos, als 2013 die Grünen mit einem Male beim Thema Pädosexualität in das wirklich grelle Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit gelangten.

---

## 5.4 **Schlussstriche beenden Debatte und verhindern Erinnerung**

Es erstaunt also nur bedingt, dass sich heute kaum jemand daran erinnern will, obwohl es das schmerzhafteste Beispiel der nordrhein-westfälischen Niederlage ja gab und obwohl der Prozess der Erneuerung in diesem Zeitraum aus Sicht der Grünen erfolgreich verlaufen war, wenngleich dieser am wenigsten die Pädosexualitätsdebatte betraf, gleichwohl mit dieser konvergierte.

Der 1989 in dieser Debatte gezogene Schlussstrich und das danach eingesetzte Unlearning hatten eine überaus ambivalente Wirkung. Die feministisch konnotierte Programmatik während des Bundestagswahlkampfes 1990, die Abspaltungen der Jahre 1990/91 und schließlich die Fusion mit Bündnis 90 hinterließen den Eindruck, dass sich die Grünen von der ersten Dekade ihrer Existenz weitgehend distanziert hatten. Die Partei erweckte geradezu den Eindruck, als habe es sie davor nicht gegeben. Die innerparteiliche Erinnerungskultur stellt nur auf wenige Themen der

1980er Jahre nebst den innerparteilichen Auseinandersetzungen darüber ab, stets unter dem Gesichtspunkt einer Konsolidierung der innerparteilichen Strömungen. Die Pädosexualitätsfrage war aber nun einmal keine Frage der Strömungen, hier waren sich Radikalökologen, Realos, Ökolibertäre, Aufbruch, Linkes Forum, Ökosozialisten und wie sie alle hießen rasch weitgehend einig, was auch im einstimmigen Beschluss des Bundeshauptausschuss von 1989 zum Ausdruck kam. Die Debatte darum war keine wirklich zentrale innerparteiliche Debatte gewesen, sondern man hatte sie 1989 gemeinschaftlich beendet. Somit hatte diese Debatte keine Chance als prägende Auseinandersetzung wahrgenommen zu werden, jedenfalls nicht aus der Sicht des Großteils der Partei.

Eine umfassende Diskussion zum Thema Umgang mit Pädosexualität im Strafrecht, wie sie 1980 angekündigt worden war, war in der Partei allerdings ausgeblieben. Man hatte unter den Bedingungen des öffentlichen Drucks reagiert, währte sich irgendwann durch gegenläufige Strömungen aus dem Feminismus immunisiert und hatte dann auch Beschlüsse getroffen, welche mit der einstigen Offenheit in dieser Frage brachen. Dabei verliefen die Diskussionsprozesse innerhalb der Landesverbände sehr unterschiedlich. In Bayern, wo man sich, aus einer konservativen Haltung kommend, schon 1982 ablehnend positioniert hatte, griff man beim Landeswahlprogramm 1986 teilweise jenen Debatten vor, die zwei, drei Jahre später auch auf der Bundesebene eine Rolle spielen sollten. Durch die feministische Sichtweise, die Debatte zum strafrechtlichen Umgang mit Vergewaltigung und die kritische Neurezeption des sexualwissenschaftlichen Diskurses war man in der Lage, aus eigenem Antrieb heraus eine ablehnende Position zu formulieren, und erwehrte sich so den immer noch bedeutungsvollen propädosexuellen Vorstößen, die dort mit einem weiterhin beachtlichen Rückhalt vor allem aus dem Bereich der Kinder- und Jugendpolitik vorgetragen wurden. Demgegenüber waren die anti-repressiven Auffassungen innerhalb der (Grün-)Alternativen Listen Berlins oder Hamburgs lange noch stark genug, um dort immerhin in gewissen Zusammenhängen eine umfängliche Strafrechtsliberalisierung zu akzeptieren, wenngleich auch dort diesbezüglich keine mehrheitsfähige Position mehr zustande kam. Wieder anderswo, wie in Baden-Württemberg, hatte man unter dem Druck der Ereignisse in Nordrhein-Westfalen eine ablehnende Position formuliert, die ihrerseits stärker Verständnis für Pädosexualität zeigte als das medial rezipiert wurde.

Es gab somit zwar ähnliche Entwicklungen in allen Landesverbänden, doch es vollzog sich mit einer unterschiedlichen Geschwindigkeit und einer unterschiedlichen Akzentsetzung. Sicherlich wäre eine Revision oder Überprüfung des Grundsatzprogramms auf Bundesebene möglich gewesen, in diesem Punkt wäre wohl spätestens 1986 eine große Mehrheit auf der Bundesversammlung zustande gekommen, auch die schwer zu rekonstruierende Debatte zum Wahlprogramm

1987 deutet daraufhin. Doch auf eine eindeutige Positionierung hatte man seinerzeit verzichtet. Das hing in erster Linie damit zusammen, dass eine punktuelle Programmrevision unmöglich war, weil sie unweigerlich weitere Grundsatzdiskussionen nach sich gezogen hätte. Diese hätten aber zur Klärung der fortgesetzten Strömungsauseinandersetzungen beigetragen und sind deswegen im Endeffekt an genau diesen gescheitert.<sup>1048</sup> Die Parteiflügel wahrten hierbei nämlich einen innerparteilichen Waffenstillstand, wollten keineswegs durch die Klärung grundlegender Fragen, ihren jeweiligen Einfluss mindern und bedurften – paradoxerweise – auch der Existenz des jeweils anderen Flügels, weil ein vollkommenes Auseinanderbrechen der Partei die ohnehin wieder am Rand der parlamentarischen Existenz stehende Partei insgesamt gefährdete. Diese Lage hatte sich nach dem Ausscheiden von exponierten Flügelvertretern wie Rainer Trampert, Thomas Ebermann, Jürgen Reents, Jutta Ditfurth und Manfred Zieran 1990/91 ein wenig verändert. Vor allem musste man sich nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag neu organisieren und ausrichten. Notdürftig hatte man 1991 einen provisorischen Grundkonsens zusammengestellt,<sup>1049</sup> der nach der Fusion mit Bündnis 90 im Jahre 1993 durch die darin verabredeten politischen Grundsätze und den Assoziationsvertrag von Bündnis 90 und Die Grünen abgelöst wurde. Die daraus entstandene Partei Bündnis 90/Die Grünen gab sich damit zunächst kein neues Grundsatzprogramm, entwertete aber die alten, ohnehin in der Partei kaum noch ernst genommenen Programmtexte, indem beide Seiten vereinbarten: „Bisherige Programme beider Organisationen gehören zu ihrem gewachsenen Selbstverständnis, sind aber für die Mitglieder der Partnerorganisation nicht verbindlich.“<sup>1050</sup> Anders ausgedrückt: Das Programm von 1980 blieb für die alt-bundesrepublikanischen Grünen programmatischer Bezugsort, wurde aber durch die Dokumente des Assoziationsvertrags zwischen Bündnis 90 und den Grünen von 1993 faktisch abgelöst, legten diese doch nun die „grundsätzlichen Ziele, Werte und politischen Leitsätze in einem Grundkonsens nieder“<sup>1051</sup>, womit dieser eine ähnliche Funktion wie ein Grundsatzprogramm einnahm. Programme und Wahlplattformen sollten sich künftig jedenfalls in diesem Rahmen bewegen. Wenngleich einige Beobachter in diesem Grundkonsens bereits die wesentlichen Eckpfeiler des 2002 verabschiedeten neuen Grundsatzprogramms erkannten<sup>1052</sup> und der Grundkonsens anstelle des alten Grundsatzprogramms von

---

1048 Kleinert 1992a: 375.

1049 Raschke 2001: 74; zur innerparteilichen Debatte über einen neuen Grundkonsens, siehe: Damus 1991: 48; Volmer 2009: 308.

1050 Bündnis 90/Die Grünen 1993: 29.

1051 Ebd., 18.

1052 Klein/Falter 2003: 76.

1980 beim Bundeswahlleiter als Programm hinterlegt wurde,<sup>1053</sup> behielt das alte Grundsatzprogramme seine formale Gültigkeit bis 2002.<sup>1054</sup>

Die Fortschreibung beziehungsweise Neujustierung der grünen Programmatik nach 1990 verstärkte einerseits den 1989 gezogenen Schlussstrich, andererseits überlagerte sie ihn. Was sich an Entwicklungsprozessen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre an Reformimpulsen und Veränderungen in der grünen Partei bereits vollzogen hatte, wurde durch die personellen Abspaltungen und die Neufassung von Programmatik vertieft. Gleichzeitig überdeckte der Prozess der Neuformierung die Kontinuitätslinien. Anders ausgedrückt, der Schlussstrich geriet in Vergessenheit, weil seine inhaltliche Essenz im Vergleich zu den sonstigen programmatischen Erneuerungsbemühungen quasi redundant war.

Die Partei hatte sich somit aus Sicht von Funktionsträgern der Partei nach 1991 „neu konstituiert“,<sup>1055</sup> wofür auch die beträchtliche Fluktuation in der Mitgliedschaft sprach.<sup>1056</sup> Das aus heutiger Sicht als unselig eingestufte Kapitel Pädosexualität geriet unterdessen in Vergessenheit oder wurde stark relativiert. Es gab demnach, so die Rezeption im Berliner Landesverband im Jahr 2010,<sup>1057</sup> zwar mal eine verirrte Minderheit in den eigenen Reihen, die man zu lange hatte gewähren lassen, die aber eben eine Minderheit war und von der man sich überdies in der Zwischenzeit beschlusswirksam distanziert hatte. Auf der Basis dieses veränderten programmatischen Fundaments traten in den 2000er Jahren besonders viele neue Mitglieder den Grünen bei.<sup>1058</sup> Aus Sicht all dieser Mitglieder, die nun die Jahre der Parteientstehung selbst nicht mehr erlebt hatten, war dadurch eine solche Offenheit hinsichtlich pädosexueller Positionen vollkommen undenkbar. Sie kannten diese Debatten weder selbst aus der innergrünen Diskussion noch hatten sie einen Bezug zu den gesellschaftlichen Debatten, die seit den 1960er Jahren mit so großer Emphase geführt worden waren.

Sie kannten eben nur jene Programmdiskurse, die seit 1990 gänzlich andere Akzente gesetzt haben. Das wirkt sich seitdem auf die 2002 im Grundsatzprogramm vorgenommene Grenzziehung aus: Mit der Wendung, wonach „sexualisierte Gewalt (...) eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde“<sup>1059</sup> darstelle, haben sich Bündnis 90/Die Grünen deutlich gegen sexuellen Missbrauch in Position gesetzt.

---

1053 Volmer 2009: 330; Hoffmann 1998: 219.

1054 Probst 2007: 183; Weichold 2002: 491; Probst 2013: 527.

1055 Volmer 2009: 308.

1056 Raschke 1993: 225 und 235.

1057 Roth 2010.

1058 Niedermayer 2013: 368 und 380.

1059 Bündnis 90/Die Grünen 2002: 136.

Auch wenn sich diese Wendungen ausdrücklich „nur“ gegen Formen von Gewalt richten, erhält der gesamte Abschnitt durch die Bezugnahme auf die Verdienste der Frauenbewegung in diesem Themenkomplex eine eindeutige Ausrichtung. Seit dem Wahlprogramm von 1990 hat sich diese Auffassung zu einer Kernüberzeugung der Grünen entwickelt. Wer also die Grünen nur aus dem eigenen Erleben seitdem kannte, vermochte sich daher kaum vorzustellen, dass das einmal anders gewesen sein konnte.

Dabei hätte das mittlere bis höhere Parteiestablishment einiges zu erzählen gehabt. Mit Ausnahme der von den ostdeutschen Grünen beziehungsweise von Bündnis 90 stammenden Personen war das Führungspersonal der Grünen im Jahr 2013 nämlich fast durchgängig schon in den 1980er Jahren dabei gewesen. Aus ihrer Sicht war das leidige Kapitel aber eben längst mit der Großtransformation der Partei nach der verheerenden Wahlniederlage von 1990 abgeschlossen. Warum hätten sie sich mit den Wirrnissen der Gründungsjahre beschäftigen sollen, die man überdies ja selber vortrefflich beseitigt hatte? Das war eine Geisteshaltung, die die Grünen spätestens in den rot-grünen Jahren entwickelt hatten und die sie danach umso stärker verinnerlichten. Sie wollten schlicht nicht mehr die chaotische Partei sein, die 1980 gegründet worden war, in der sich an scheinbar nebensächlichen Detailfragen latent die Frage stellte, ob sich die Partei spalten würde. Ebenfalls abgelegt hatte man den basisdemokratischen Impetus, der Führung verteufelte und alles, was das Signum der Basis, einer Bewegung oder einer betroffenen Minderheit trug, vorbehaltlos begrüßte. Exemplarisch lässt sich das an einer Bundesdelegiertenkonferenz im Jahre 2007 festmachen, als es der Parteiführung nicht gelang, in einer außenpolitischen Frage eine Mehrheit zu erzielen. All den Spitzenrepräsentanten der Partei war es mit einem Male ausgesprochen unangenehm, wie renitent sich die Delegierten der Parteibasis verhielten.<sup>1060</sup> In ihren Anfangsjahren als Partei hingegen hätten sie das noch als Ausdruck ihrer lebendigen innerparteilichen Demokratie gefeiert.

Die Grünen waren nach dem Ende der Schröderschen Kanzlerschaft ein potentieller Koalitionspartner für grundsätzlich alle Parteien geworden und sie wollten auch für alle Parteien prinzipiell offen sein. Sie sondierten – je nach Gegebenheit – daher flexibel in die eine oder andere Richtung, um möglichst viel von ihrer Programmatik durchzusetzen. Dazu schlossen sie auf Landesebene mit einem Male sogar Bündnisse mit CDU oder FDP ab, sondierten in diese Richtung auch nach Bundestagswahlen. Ihre Spitzenleute wie Claudia Roth fanden nichts Anstößiges mehr daran, sich mit Christsozialen wie Günter Beckstein zu verbrüdern. All das wäre in 1980er Jahren undenkbar gewesen, es wäre als Verrat an der Grünen Seele gewertet worden, bestenfalls ein Bündnis mit der SPD war damals denkbar und

---

1060 Walter 2008: 198.

auch diesbezüglich gab es gehörige Zurückhaltung, auf beiden Seiten übrigens. Die Grünen waren 2013 hingegen etabliert und sie waren das, weil sie sich verändert hatten, weil sie eben auch nicht mehr die Partei waren, die Pädosexualität goutierte oder beliebig alle Minderheiten zum Mitmachen bei sich einlud.

Es zeugt von dem unvollständigen kollektiven Gedächtnis der Grünen, dass sie bei der Rückschau eben nicht mehr das gesamte Bild in Erinnerung hatten. Spätestens 1994, nachdem man sich in Berlin der letzten Aktivisten entledigt hatte, die sich für eine strafrechtliche Freigabe von Pädosexualität aussprachen, setzte ein Unlearning in der Frage ein, den man in diesem Fall tatsächlich am besten als Prozess des kollektiven Vergessens übersetzen sollte. Niemand wollte sich danach noch so recht entsinnen, dass solche Positionen einmal mehrheitsfähig gewesen waren, geschweige denn, dass sie sich phasenweise recht kräftig in den Programmen niederschlugen. Das Wissen darüber wurde innerparteilich nicht weitergegeben oder gepflegt. Man stritt überwiegend sogar ab, dass man darüber auch nur ansatzweise ernsthaft debattiert hatte. Vor allem wollte man sich nicht in die Feinheiten der Debatte zurückdenken.<sup>1061</sup> Denn jenseits der Frage, wie man es mit den Strafrechtsparagrafen nun im Einzelnen hielt, gab es natürlich in der damaligen Debatte, so abseitig sie heute in Gänze erscheinen mag, eine Reihe von Aspekten, die prägend und typisch für die Grünen der Anfangsjahre waren. Darin offenbarte sich nämlich nicht nur der kritische, liberale und emanzipative Ansatz, auf den die Grünen zurecht eigentlich stolz sind, sondern auch die latente Sehnsucht der Partei, einen neuen Gesellschaftsvertrag vorzulegen, der grundlegend akzeptierte und nicht akzeptierte Normen vollkommen losgelöst von bestehenden Konventionen und Verhaltensweisen festlegt.

Aber nicht nur in inhaltlicher Hinsicht untergrub die Debatte das grüne Selbstverständnis, politische Avantgarde zu sein. Auch spezifische Mängel der Grünen in Bezug auf ihre Organisation und ihre kommunikativen Kompetenzen waren in den 1980er Jahren angelegt gewesen und hatten sich auch in der Debatte um Pädosexualität gezeigt. Insoweit tangiert die wieder aufgeflamnte Debatte ganz massiv das heutige Selbstverständnis der Grünen. Die Debatte war dann nicht nur wegen des eigentlichen Themas lästig. Sie offenbarte nebenbei einige Schwachstellen der Partei, von denen die Grünen glaubten, sie überwunden zu haben.

Es sind aber nicht nur die Zweifel an den heutigen Grünen, welche die Aufbereitung des Themas mit sich bringt, sondern nebenbei wird ein anderer Widerspruch im grünen Selbstverständnis deutlich. Die Grünen, soweit sie aus dem Umfeld der Neuen Linken stammten, hatten ihre historische Mission darin gesehen, das Wiederaufkommen des Faschismus zu verhindern. Als eine Handlungsorientierung

---

1061 Walter/Klecha 2013c.

diente Wilhelm Reich, deswegen beschäftigten sich die 68er und ihre Erben mit Sexualitätsdiskursen. Deswegen wähten sie sich aber auch ganz selbstverständlich auf der „richtigen“ Seite der Geschichte. Dieses von den Grünen 1980 übernommene Selbstverständnis wurde durch die Pädosexualitätsdebatte 2013 erschüttert. Es erscheint geradezu eine dialektische Wendung zu sein, dass eben eine Partei mit einer historischen Mission, ihre eigene Geschichte in den letzten Jahren so sträflich vernachlässigt hat. Die Grünen haben nur wenige Versuche unternommen, die eigene Historie zu pflegen, sich der Erfolge und Misserfolge zu erinnern und daraus dann auch Schlussfolgerungen zu ziehen. Joachim Raschke hatte diesen Mangel der Grünen, sich über ihre gemeinsamen Auseinandersetzungen zu definieren, schon vor über zehn Jahren bemängelt.<sup>1062</sup> Möglicherweise rührte ein Teil der Erschütterung und Verwunderung der Grünen in Bezug der 2013 auf sie niedergefallenen Pädosexualitätsdebatte genau daher. Man hatte kein Bewusstsein dafür, dass es einst Beschlüsse gab und zwar derer nicht wenige. Dabei gab es ja wesentliche Versatzstücke, die Teil der grünen Identitätsbildung waren. Ihr Einstehen für Minderheiten sowie ihre liberale und damit antirepressive Grundhaltung, ihre kritische Haltung gegenüber all dem, was mit Tradition und Sitte begründet wurde, sind ja bis heute zentrale Eckpunkte ihrer Programmatik. Doch was sind die Ursachen, die Quellen, die abseitigen Wege, die man beschritten hat, um dort anzugelangen, wo man sich heute befindet? Wer waren eigentlich die Protagonisten bestimmter Debatten? Im heutigen mittleren Funktionärskörper gibt es wahrscheinlich kaum jemanden, der von den 18 Parteisprechern, die bis 1991 amtiert haben, mehr als fünf aufzählen kann. Haben diese Personen etwa keine Spuren in der Geschichte der Partei hinterlassen? Waren es alles nur irrlichte Gestalten, die heute zu einem großen Teil noch nicht mal mehr der Partei angehören?<sup>1063</sup>

Die Grünen verfügen über eine reichhaltige Geschichte, die sich nicht nur in der Form von Erfolgen beschreiben lässt, sondern die sich eben auch als Lernprozesse einer Organisation verstehen lassen. Am stärksten haben die Grünen das selbst in der Außenpolitik nachvollzogen. Die Erinnerungen an den Kosovo-Einsatz und die mit der Vertrauensfrage verknüpfte Afghanistanentscheidung der rot-grünen Bundestagsmehrheit als zentrale Wendepunkte ihrer Position sind allerdings noch vergleichsweise frisch. An anderer Stelle fehlt den Grünen erkennbar ein Bewusstsein für die eigene Geschichte. Das Archiv mit seinen exzellent arbeitenden Mitarbeitern führt innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung eher ein Schattendasein.

---

1062 Raschke 2001: 371.

1063 Drei sind verstorben (Petra Kelly, Renate Damus, August Haußleiter), mindestens sechs sind ausgetreten (Dieter Burgmann, Norbert Mann, Rainer Trampert, Jutta Ditfurth, Christian Schmidt, Verena Krieger).



Die im Fünfjahrestakt vorgenommenen Geburtstagsfeiern der Partei haben oftmals eher der Selbstpräsentation der Führungsschicht der Partei gedient, die sich darin wechselseitig versichert hat, zwar gealtert zu sein, aber eben noch nicht alt zu sein. Möglicherweise verändert sich das durch den nach der Bundestagswahl 2013 eingeleiteten Generationenwechsel auf Bundesebene.

---

## Archive

### Öffentlich zugängliche Archive

#### *Archiv Grünes Gedächtnis Berlin*

A Rudolf Bahro: 23

A Günter Bannas: 21

A Peter Bartelheimer: 41

A Volker Beck: 22, 23, 34, 35, 37, 470, sowie noch ohne Signatur: Anfragen/Antworten Teil I, Grüne-Schwule Teil 1, Grüne-Schwule Teil 2, Kopiervorlagen Volker Teil 1, Kopiervorlagen Volker Teil 2, Anfragen Antwortschreiben, Parlamentarische Anfragen, Stuttgart/Bayern, Kirche und Staat, Pressemitteilungen, Grüne Teil I, Grüne Teil II

A Lukas Beckmann: 13

A Dieter Bricke: 2

A Hansjürgen Bulkowski: 6

A Daniel Cohn-Bendit: 17

A Anne Dietrich: 10

A Andrea Goymann/Helmut Wiesenthal: 1, 2, 4, 9, 15, 17, 40, 62

A Gerald Häfner: 11, 12, 47

A Petra Kelly-Archiv (PKA): 966, 998, 2693, 3873

A Karl Kerschgens: 9, 16

A Bernd Köppl: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 17, 31

A Christa Nickels: 302

A Joachim Raschke: 13, 14, 27, 38, 39, 45, 71, 99, 102, 122, 140, 202, 203

A Herbert Rusche: 2, 4

A Waltraud Schoppe: 43, 206

- A Michael Schroeren: 34, 38  
A Peter Sellin: 1, 2, 3, 7, 11  
A Werner Vogel: 10, 17, 39, 45  
B.I.1 Die Grünen (1980-1993) BuVo/BGSt: 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 13, 16, 20, 23, 25, 27, 30, 31, 37, 39, 53, 54, 55, 80, 146, 162, 163, 186, 197, 203, 207, 212, 213, 214, 215, 219, 224, 225, 226, 231, 232, 233, 241, 253, 254, 255, 321, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 429, 430, 441, 652, 687, 1527, 1528, 1529  
B.I.3 Bündnis 90/Die Grünen BuVo/BGSt 1989-1994: 3, 402, 403, 406, 410  
B.I.10 Bündnis 90/Die Grünen BuVo/BGSt 1994-: 599, 600  
B.II.1 Die Grünen Bundestagsfraktion (1983-1990): 88, 228, 397, 660, 2542, 2957, 2958, 3222, 3223, 3341, 3405, 3407, 3538, 3579, 3833, 3835, 4264, 4378, 5056, 5237, 5354, 5360, 5622, 5628, 5744, 5797  
B.II.2 Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen (1990-1994): 86, 660  
B.IV.1 Die Grünen im EP, Deutsche Delegation: 15  
C Baden-Württemberg I LaVo/LGSt: 136, 156, 157, 458, 648, 649  
C Bayern I LaVo/LGSt: 4, 11, 72, 73, 74, 76, 78, 84, 118, 120, 188, 269, 535  
C Berlin I.1 Alternative Liste: 1, 3, 4, 5, 8, 12, 33, 60, 61, 62, 76, 103, 111, 121, 195, 197  
C Berlin I.2 Landesverband Die Grünen: 8, 9, 13, 18  
C Berlin I.8 Bündnis 90/Die Grünen: 380  
C Berlin II Fraktion im Abgeordnetenhaus: 17, 36, 214  
C Hamburg I.1 LaVo/LGSt: 19, 128, 204  
C Hessen I.1 LaVo/LGSt: 41, 42, 43, 44, 45, 55, 57, 64, 65, 78, 87, 88, 98, 99, 237, 302, 405, 513, 519, 521, 523 688, 691, 692,  
C NRW I LaVo/LGSt: 10, 22, 68, 80, 97, 99, 100, 105, 218, 233, 281, 290, 291, 310, 313, 368, 377, 385, 395, 424, 451, 651, 702, 826, 1267, 1280, 1367  
C Rheinland-Pfalz I.1 LaVo/LGSt: 3, 5, 9, 11, 107, 129, 138, 157, 159, 282, 283, 298, 314  
C Rheinland-Pfalz II Landtagsfraktion: 153  
C Saarland I LaVo/LGSt: 1  
C Schleswig-Holstein I LaVo/LGSt: 6, 8, 15, 42, 61, 62, 79, 81, 86, 90, 124, 127, 133, 153, 158, 159, 170, 171, 178, 179-  
G.01 FU Berlin Spezialarchiv Die Grünen: 10, 12, 94, 96, 97, 111, 324, 325, 337, 362, 363, 370, 379, 411, 412, 414, 416, 423, 435, 443, 458, 459, 477, 552, 596  
H Kleine Erwerbungen: 76

### **Bestände der Bibliothek**

- Antrag J 29, Die Grünen Bundesverband, außerordentliche Bundesversammlung am 22./23.6.1985 in Hagen, Zusammenstellung der von der 7. Bundesversammlung überwiesenen Anträge, AGG, Bibliothek, Grün 130-2.

Antrag J 30, Die Grünen Bundesverband, außerordentliche Bundesversammlung am 22./23.6.1985 in Hagen, Zusammenstellung der von der 7. Bundesversammlung überwiesenen Anträge, AGG, Bibliothek, Grün 130-2.

### ***Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung***

Bildungs- und Erziehungsbewegung. Allgemeines und Gesamtdarstellungen (SBe 625)

Homosexuellenbewegung (SBe 699)

Schwulenbewegung. Allgemeines und Gesamtdarstellungen (SBe 700).

Bestand Andreas Salmen

### ***Archiv des Schwulen Museums Berlin***

Katalog Politische Gruppierungen/Parteien: Grüne

Katalog Politische Gruppierungen/Parteien: Grüne. Die Grünen/Alternative Liste (Berlin)

Bestand DSAP: 2, 3, 4, 5, 6, 7, 9

Katalog Deutsche Städte: München (VSG)

Überregionale deutsche Gruppierungen und Aktionen, Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität (AHS).

### ***Niedersächsisches Landesarchiv Hannover***

Bestand Die Grünen, Landesverband Niedersachsen: V.V.P. 57 Acc. 18/87 Nr. 3, V.V.P. 57 Acc. 25/86 Nr. 2, 5, 13, V.V.P. 57 Acc. 92/92 Nr. 22, 34, 122. V.V.P. 57 Acc. 119/97 Nr. 1

Bestand Helmut Lippelt: V.V.P. 56 Acc. 5/88 Nr. 8, 47, 48, 49, 50, 53, 54, 56, 72, 84  
Zeitgeschichtliche Sammlung: ZGS 6 VIII Nr. 4, 5, 10, 11, 15, 15, 22, 34

### ***Archiv für christlich-soziale Politik München***

Bestand Parteien Die Grünen 1978-80 (Ordner II) in der Zeitungsausschnittsammlung, Dokumentationsstelle

Bestand CSU-Landesgruppe: Dokumentation: Nr. 11/59

### ***Archiv für christlich-demokratische Politik Königswinter***

Nachlass Ottfried Hennig: 01-682-034/4.

### ***Bundesarchiv Koblenz***

Wahlkampfsammlung des Deutschen Bundestags: ZSG 157.

### ***Archiv für alternatives Schriftgut Duisburg***

Sammelgebiet Grüne Alternative Parteien: 90.VIII.GRU.1.1985:15; 75.VIII.GRU.1.1980:1.

### **Privatarchive**

#### ***Selbst gesichtete Bestände***

Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Niedersachsen  
Privatarchiv Kurt Edler

#### ***Zusendungen aus Privatarchiven***

Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Baden-Württemberg  
Privatarchiv Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Bremen  
Privatarchiv Volker Beck  
Privatarchiv Thomas Birk  
Privatarchiv Günter Dworek  
Privatarchiv Harry Hoppe  
Privatarchiv Gerhard Krusat  
Privatarchiv Afra Peters  
Privatarchiv Hartmut Regenstein  
Stadtarchiv Bonn, Zusendung durch Kreisverband Bonn Bündnis 90/Die Grünen

### **Protokolle**

#### ***Gremien von Partei und Fraktion Die Grünen***

Die Grünen Bundesverband, außerordentliche Bundesversammlung am 22./23.6.1985 in Hagen, Protokoll, Grüner Basisdienst Nr. 5/6-1985.  
Protokoll der a.o. Bundesversammlung, Hannover, 16.-19.5.1986, Grüner Basis-Dienst, Nr. 7-8-9/1986.

#### ***Protokolle und Drucksachen des Deutschen Bundestags***

Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 10. Wahlperiode, 162. Sitzung, 3.10.1985, BT-Protokoll 10/12155.  
Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 10. Wahlperiode, 184. Sitzung, 12.12.1985, BT-Protokoll 10/184.

Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 12. Wahlperiode, 216. Sitzung, 10.3.1994, BT-Protokoll 12/18704.

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion Die Grünen, Sexueller Mißbrauch von Kindern, Bundestags-Drucksache 10/3845.

Programm Emanzipation und Gleichberechtigung, Antrag der Fraktion Die Grünen, Bundestags-Drucksache 11/5003.

---

## **Zeitungen und Zeitschriften**

### **Tages-, Wochenzeitungen und Magazine**

Badische Zeitung  
Bonner Generalanzeiger  
Bonner Stadtanzeiger  
Der Freitag  
Der Spiegel  
Der Stern  
Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt  
Die Glocke  
die tageszeitung  
Die Welt und welt.de  
Die Zeit und zeit.online  
Emma und emma.de  
Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung  
Frankfurter Allgemeine Zeitung  
Frankfurter Rundschau  
Hannoversche Allgemeine Zeitung  
Le Monde  
Neue Presse  
Neue Rhein-Zeitung  
Neue Westfälische Zeitung  
Nürnberger Zeitung  
Quick  
Rhein-Sieg-Anzeiger  
Rheinischer Merkur  
Schwäbische Zeitung  
Stuttgarter Nachrichten

Stuttgarter Zeitung  
Süddeutsche Zeitung  
Tagesspiegel  
Welt am Sonntag  
Westfälische Nachrichten  
Zitty

### **Weitere Periodika**

AHA-Info  
Arbeiterkampf  
BVH-Magain  
GAL-Rundbrief (Hamburg)  
Guckloch  
Grüne Illustrierte Niedersachsen  
Grüner Basisdienst  
Kommune  
Moderne Zeiten  
Pan  
Pflasterstrand  
Rosa Flieder  
Schrägstrich  
Sexualität konkret  
Stachel  
Stachelige Argumente

### **Zeitzeugen**

#### ***Interview***

Volker Beck, Berlin, 13.12.2013.  
Günter Dworek, Berlin, 2.4.2014.  
Kurt Edler, Hamburg, 1.4.2014.  
Hans Hengelein, Hannover, 4.9.2013.

#### ***Telefonat***

Jan Federsen, 26.6.2013.  
Walter Fleuster, 25.4.2014.

Kurt Hartmann, 11.10.2013.  
Gerhard Krusat, 20.8.2013  
Sabine Mehlem, 12.5.2014.  
Jürgen Reents, 11.4.2014.  
Herbert Rusche, 7.8.2013

---

## Verwendete Literatur

- Ahlers, Christoph J./Schaefer Gerard A./Beier, Klaus M. 2005: Das Spektrum der Sexualstörungen und ihre Klassifizierbarkeit im ICD-10 und DSM-IV, in: *Sexuologie: Zeitschrift für Sexualmedizin, Sexualtherapie und Sexualwissenschaft*, Bd.12/2005, 3-4, S. 120-152.
- Alemann, Ulrich von 2010: *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, 4. Auflage.
- Allerbeck, Klaus/Hoag, Wendy J. 1985: *Jugend ohne Zukunft?, Einstellungen, Umwelt, Lebensperspektiven*, München/Zürich.
- Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz 1981: *Wahlbroschüre zu den Neuwahlen am 10. Mai 1981*, Berlin.
- Alternative Liste Berlin 1985: *Wahlprogramm der Alternativen Liste Berlin*, Berlin.
- Altwig, Dirk/Schmiedeke, Anja 2013: *Das Erbe der grünen Gründerjahre*, in: *Neue Presse*, 12.10.2013.
- Amendt, Gerhard 1997: *Pädophilie oder: Über sexualwissenschaftliche Trivialisierungen inszestartiger Handlungen*, in: *Leviathan*, Heft 2/1997, S. 159-172.
- Amendt, Günter 1980: *Nur die Sau rauslassen?*, in: *Sexualität Konkret*, 1980, S. 23-30.
- Amery, Carl 1978: *Grüne Wähler-rote Theorie*, in: Brun, Rolf (Hrsg.), *Der grüne Protest, Herausforderung durch die Umweltparteien*, Frankfurt am Main, S. 81-91.
- Apin, Nina 2010: *Kuscheln mit den Indianern*, <http://www.taz.de/Paedo-Aktivisten-im-linken-Mileu/!51494/>, 22.4.2010 (eingesehen 19.8.2013).
- Apin, Nina 2013: *Liberale Liebesfantasien*, in: *taz*, 02.10.2013, online einsehbar unter <http://www.taz.de/!124609/>, 2.10.2013 (eingesehen am 25.11.2013).
- Apin, Nina/Füller, Christian/Astrid Geisler 2011: *Die hässliche Seite des netten Didi*, <http://www.taz.de/!66135/>, 19.2.2011 (eingesehen: 19.8.2013).
- Argyris, Chris 1997: *Wissen in Aktion, Eine Fallstudie zur lernenden Organisation*, Stuttgart.
- Argyris, Chris 2004: *Double-loop Learning and Organizational Change*, in: Boonstra, Jaap J. (Hrsg.), *Dynamics of Organizational Change and Learning*, Chichester, S. 389-401.
- Argyris, Chris/Schön, Donald A. 1978: *Organizational Learning, A Theory of Action Perspective*, Reading.
- Argyris Chris/Schön, Donald A. 2006: *Die lernende Organisation, Grundlagen, Methode, Praxis*, Stuttgart, 3. Auflage.
- Arkenstette, Birgit 1985: *Frauenpolitik ist immer so ein bißchen Abfallprodukt*, in: Jäger, Brigitte/Pinl, Claudia (Hrsg.), *Zwischen Rotation und Routine, Die Grünen im Bundestag*, Köln, S. 29-37.
- Atkinson, Michael M./Coleman, William D. 1992: *Policy Networks, Policy Communities and the Problems of Governance*, in: *Governance*, Heft 2/1992 (Jg. 5), S. 154-180



- Back, Gernot 1988: Thesen zum sogenannten Sexualstrafrecht, in: BVH Magazin, Nr. 8/1988, S. 6-10.
- Backhaus, Holger 1988: Abnabelung?, Die Partei Die Grünen und ihre sozial-bewegten Außenbezüge, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 4/1988, S. 17-27.
- Baethge, Martin 1991: Die politischen Folgen fortschreitender Individualisierung in der Arbeitsgesellschaft, in: Heitmeyer, Wilhelm/Jacobi, Juliane (Hrsg.), *Politische Sozialisation und Individualisierung. Perspektiven und Chancen politischer Bildung*, Weinheim und München, S. 35-54.
- Bandelow, Nils C. 2003a: Lerntheoretische Ansätze in der Policy-Forschung, in: Maier, Matthias Leonhard/Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Wiesner, Achim (Hrsg.), *Politik als Lernprozess, Wissenszentrierte Ansätze der Policyanalyse*, Opladen, S. 98-121
- Bandelow, Nils C.: 2003b: Policy-Lernen und politische Veränderungen, in: Schubert, Klaus/Bandelow, Nils C. (Hrsg.), *Lehrbuch der Politikfeldanalyse*, München /Wien 2003, S. 289-330.
- Bandelow, Nils 2006: Advocacy Coalitions, Policy-Oriented Learning and Long-Term Change in Genetic Engineering: An Interpretist View, in: *German Policy Studies*, Heft 3/2006, S. 743-795.
- Bannas, Günter 1984: Der Erfolg hält die Grünen zusammen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.6.1984.
- Bartels, Gunda/Radke, Johannes 2010: Jesuiten-Orden: Weitere Missbrauchsfälle in Hamburg, *Der Tagesspiegel Online*, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/canisius-kolleg-jesuiten-orden-weitere-missbrauchsfaeelle-in-hamburg/1837172.html>, 1.2.2010 (eingesehen: 25.9.2013).
- Bartsch, Matthias/Verbeet, Markus 2010: Die Wurzeln des Missbrauchs, in: *Der Spiegel*, Heft 29/2010, S. 40-43.
- Baumann, Cordia/Büchse, Nicholas /Sebastian Gehrig 2011: Einleitung: Protest und gesellschaftlicher Wandel in den 1970er Jahren, in: Baumann, Cordia/Gehrig, Sebastian/Büchse, Nicolas (Hrsg.), *Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren*, Heidelberg, S. 11-32
- Baumeister, Klaus 2013: Es war grober Unfug, in: *Westfälische Nachrichten*, 18.09.2013, online einsehbar unter <http://www.wn.de/Muenster/2013/09/Paedophilie-Debatte-Straesser-Es-war-ein-grober-Unfug>, 18.9.2013 (eingesehen am 25.11.2013).
- Baurman, Michael C. 1996: Sexualität, Gewalt und psychische Folgen. Bundeskriminalamt, Wiesbaden, 2. nahezu unveränderte Auflage.
- Beck, Volker 1988: Das Strafrecht ändern? Plädoyer für eine realistische Neuorientierung der Sexualpolitik, in: Angelo Leopardi (Hrsg.), *Der Pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner*, Berlin/Frankfurt, S. 255-268.
- Beck, Volker 1993: „Die Medienwelt steht Kopf“, Leserbrief, in: *die tageszeitung*, 9.10.1993.
- Beck, Volker 2006: Sexuellen Missbrauch bekämpfen. [volkerbeck.de](http://www.volkerbeck.de), 06.06.2006, <http://www.volkerbeck.de/artikel/060606-sexuellen-missbrauch-bekaempfen/>, (eingesehen: 21.08.2013).
- Becker, Sophinette 1997: Pädophilie zwischen Dämonisierung und Verharmlosung, in *Werkblatt – Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik* H. 1/1997, S. 5-21.
- Beer, Wolfgang 1978: Berlin: Bunte & Grüne Listen, in: *Zitty*, Heft 13/1978, S. 66-67.
- Beljan, Magdalena 2014: Rosa Zeiten?, Eine Geschichte der Subjektivierung männlicher Homosexualität in den 1970er und 1980er Jahren der BRD, Bielefeld.
- Bennett, Colin J./Howlett, Michael 1992: The Lessons of learning: Reconciling theories of policy learning and policy change, in: *Policy Sciences*, Heft 3/1992 (Jg. 25), S. 275-294.

- Bereich Schwule der Alternativen Liste 1980: Ein Herz für Sittenstrolche, in: AHA-Info, Juni 1980, S. 6-7.
- Bergdoll, Udo 1985: Im Sommer einen neuen Standort suchen, in: Süddeutsche Zeitung, 22.5.1985.
- Berner, Wolfgang/Briken, Peer 2007: Störung der Sexualpräferenz (Paraphilie), in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, Heft 50/2007, S. 33-43.
- Betz, Hans-Georg 1995: Alliance 90/Greens: From Fundamental Opposition to Black-Green, in: Conradt, David P./Kleinfeld, Gerald R./Romoser, George K./See, Christian (Hrsg.). Germany's new politics, Tempe, S. 177-192.
- Beucker, Pascal/Überall, Frank 2011: Endstation Rücktritt, Warum deutsche Politiker einpacken, Bonn.
- Bewerunge, Lothar 1985: Ein nicht gewaltfreier Parteitag, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.4.1985.
- Bieber, Horst 1980: „Hurra, die Grünen sind da!“, in: Die Zeit, 18.1.1980.
- Bieber, Horst 1986: Zaghaft blüht die Hoffnung, in: Die Zeit, 3.10.1986.
- Biegelbauer, Peter 2013: Wie lernt die Politik?, Lernen aus Erfahrungen in Politik und Verwaltung, Wiesbaden.
- Bobbio, Norberto 2009: Ethik und die Zukunft des Politischen, Berlin.
- Bochow, Michael 2013: Hat AIDS die soziale Situation schwuler Männer in Deutschland verändert?, Entwicklungen in den 1980er und 1990er Jahren, in: Pretzel, Andreas/Weiss, Volker (Hrsg.), Zwischen Autonomie und Integration, Schwule Politik und Schwulenebewegung der 1980er und 1990er Jahre, Geschichte der Homosexuellen in Deutschland nach 1945, Band 3, Hamburg, S. 161-170.
- Böhm, Michael 1981: Die AL, Was wollen die Igel?, in: Zitty, Heft 8/1981, S. 12.
- Böllinger, Lorenz 1986: Sexualstrafrecht und Herrschaft, in: Kritische Justiz, Heft 1/1986, S. 90-101.
- Boese, Daniel 2010: Pädophilie in der zitty, in: zitty 13/2010, S. 34-36.
- Bok, Wolfgang 1985: Sex mit Kindern?, in: Stuttgarter Nachrichten, 12.4.1985.
- Borchard, Michael 2011: „Es grünt so grün.“, in: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.), Schwarz-Grün, Die Debatte, Wiesbaden 2011, S. 96-102.
- Böllinger, Lorenz 1986: Sexualstrafrecht und Herrschaft, in: Kritische Justiz, Heft 1/1986, S. 90-101.
- Boyer, Josef/Heidemeyer, Helge 2008: Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 14/II, Die Grünen im Bundestag, Sitzungsprotokolle und Anlagen, Düsseldorf.
- Brand, Karl-Werner/Brüsser, Detlef/Rucht, Dieter 1984: Aufbruch in eine andere Gesellschaft, Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt/New York.
- Brunsson, Nils/Olsen, Johan P. 1993: The reforming organization, London/New York.
- Budäus, Dietrich 1994: Public Management, Konzepte und Verfahren zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen, Berlin.
- Bühnemann, Michael/ Wendt, Michael/Wituschek, Jürgen (Hrsg.) 1984: AL, Die Alternative Liste Berlin, Entstehung, Entwicklung, Positionen, Berlin.
- Bündnis 90/Die Grünen 1993: Assoziationsvertrag zwischen Bündnis 90 und Die Grünen, 22.01.1993, [http://www.boell.de/downloads/publikationen/1993\\_001\\_Assoziationsvertrag.pdf](http://www.boell.de/downloads/publikationen/1993_001_Assoziationsvertrag.pdf) [eingesehen am 18.9.2013].
- Bündnis 90/Die Grünen 1994: Nur mit uns, Programm zur Bundestagswahl 1994, Bonn.

- Bündnis 90/Die Grünen 1998: Grün ist der Wechsel, Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn.
- Bündnis 90/Die Grünen 2002: Die Zukunft ist Grün, Grundsatzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin.
- Bündnis 90/Die Grünen Berlin 2010: Aufklärung und Schutz vor sexueller Gewalt, Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz, 5.6.2010, [http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/100605\\_aufklaerung\\_und\\_schutz\\_vor\\_sexueller\\_gewalt.pdf](http://gruene-berlin.de/sites/gruene-berlin.de/files/100605_aufklaerung_und_schutz_vor_sexueller_gewalt.pdf) (eingesehen: 29.1.2014).
- Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Bremen 2013: Bremer Grüne bedauern Passus im Wahlprogramm von 1983, [http://gruene-bremen.de/partei/presse/volltext-fuer-presse/?tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=102045&cHash=58f6e88fe9533669d058e1d09b58c183](http://gruene-bremen.de/partei/presse/volltext-fuer-presse/?tx_ttnews[tt_news]=102045&cHash=58f6e88fe9533669d058e1d09b58c183), 13.8.2013 (eingesehen: 21.2.2014).
- Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Niedersachsen 2014: Bericht des Arbeitskreises Aufarbeitung, [http://www.gruene-niedersachsen.de/fileadmin/docs\\_lv/BERICHT\\_AK\\_Aufarbeitung\\_gesamt.pdf](http://www.gruene-niedersachsen.de/fileadmin/docs_lv/BERICHT_AK_Aufarbeitung_gesamt.pdf), 29.10.2014 (eingesehen: 5.11.2014).
- Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Schleswig-Holstein 2014: Aufarbeitung der Rolle des Themas Pädosexualität im Landesverband Schleswig Holstein Bündnis 90/Die Grünen, Bericht der Arbeitsgruppe, Oktober 2014, [http://sh-gruene-partei.de/sites/sh-gruene-partei.de/files/gemeinsam/Themen/bericht\\_ag\\_aufarbeitung\\_internet\\_0.pdf](http://sh-gruene-partei.de/sites/sh-gruene-partei.de/files/gemeinsam/Themen/bericht_ag_aufarbeitung_internet_0.pdf) (eingesehen: 14.11.2014).
- Bundschuh, Claudia 2001: Pädosexualität. Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Opladen.
- Burger, Rainer 1999: Wie die Grünen wirklich sind, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.3.1999.
- Burger, Rainer 2013: Ein Triumph der Päderasten, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 19.5.2013.
- Bürklin, Wilhelm 1984: Grüne Politik, Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, Opladen.
- Bürklin, Wilhelm P. 1987: Governing left parties frustrating the radical non-established Left: the rise and inevitable decline of the Greens, in: *European Sociological Review*, Heft 2/1987 (3. Jg.), S. 109-126.
- Carini, Marco 2013: Anatomie einer fehlgeleiteten Debatte, in: *die tageszeitung*, 31.12.2013.
- Cohn-Bendit, Daniel 1975: Der große Basar, Gespräche mit Michel Lèvy, Jean-Marc Salmon, Maren Sell, München, S. 143.
- Csigó, Monika 2006: Institutioneller Wandel durch Lernprozesse, Eine neo-institutionalistische Perspektive, Wiesbaden.
- Damus, Renate 1991: Wie kommen nicht wieder, wir bleiben da, in: Fücks, Ralf (Hrsg.), *Sind die Grünen noch zu retten?*, Reinbek bei Hamburg, S. 44-57.
- Dannecker, Martin 1986: *Der Homosexuelle und die Homosexualität*, Frankfurt am Main 1986.
- Dannecker, Martin 1987: Bemerkungen zur strafrechtlichen Behandlung der Pädosexualität, in: Herbert Jäger/Eberhard Schorsch (Hrsg.), *Sexualwissenschaft und Strafrecht*, Stuttgart, S. 71-83.
- Dannecker, Martin 1996: Sexueller Missbrauch und Pädosexualität, in: Sigusch, Volkmar (Hrsg.), *Sexuelle Störungen und ihre Behandlungen*, Stuttgart, Stuttgart, S. 266-275.
- Dannecker, Martin 2002: Pädosexualität, in: Bange, Dirk/Körner, Wilhelm (Hrsg.), *Handwörterbuch Sexueller Missbrauch*, Göttingen u. a., S. 390-394.

- Dannecker, Martin/Reiche, Reimut 1975: Der gewöhnliche Homosexuelle, Eine soziologische Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik, Stuttgart.
- Decker, Frank 2007: Parteiendemokratie im Wandel, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 19-61.
- Decker, Frank 2011: Regieren im „Parteienbundesstaat“, Zur Architektur der deutschen Politik, Wiesbaden.
- Deckstein, Dagmar 1986: Statt klarer Festlegung nur ein „schlapper Brief“, in: Stuttgarter Zeitung, 29.9.1986.
- Demuth, Christian 2009: Der Bundestag als lernende Institution, Eine evolutionstheoretische Analyse der Lern- und Anpassungsprozesse des Bundestags, insbesondere an die Europäische Integration, Baden-Baden.
- Die Grünen 1979: Alternative für Europa, Das Programm der Sonstigen Politischen Vereinigung „Die Grünen“, o. O.
- Die Grünen 1980: Wahlplattform zur Bundestagswahl 1980, Bonn.
- Die Grünen 1983: Diesmal die Grünen – Warum?, Ein Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 1983, Bonn.
- Die Grünen 1987: Farbe bekennen, Bundestagswahlprogramm 1987, Bonn.
- Die Grünen 1990: Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990, Bonn.
- Die Grünen Nordrhein-Westfalen 1980: Mut zum politischen Frühling, o. O..
- Die Grünen Rheinland-Pfalz 1983: Landesprogramm, Mainz.
- Ditfurth, Jutta 2000: Das waren die Grünen, Abschied von einer Hoffnung, München.
- Ditfurth, Jutta 2011: Krieg, Atom, Armut. Was sie reden, was sie tun: Die Grünen, Berlin, 2. Auflage.
- Dittmar, Frieder 2007: Das Realo-Fundi-Dispositiv, Die Wirtschaftskonzeptionen der Grünen, Marburg.
- Dobberkau, Peter 1983: Bremen – alles anders, in: Kommune, Nr. 3/1983, S. 27-29.
- Dobler, Jens/Rimmele, Harald 2008: Schwulenbewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Ein Handbuch, Frankfurt/New York, S. 541-556.
- Dormann, Franz 1992: Die Grünen, Repräsentationspartei der Neuen Linken, Dissertation Bonn.
- Dorschel, Ralf 1991: Die netten Homos von nebenan, in: BVH-Magazin, Nr. 2/1991, S. 27-28.
- Dudek, Peter 1984: Konservatismus, Rechtsextremismus und die „Philosophie der Grünen“, in: Thomas Kluge (Hrsg.), Grüne Politik, Eine Standortbestimmung, Frankfurt am Main, S. 90-108.
- Dunlop, Claire A./Radaelli, Claudio M. 2013: Systematising Policy Learning: From Monolith to Dimensions, in: Political Studies, Heft 3/2013 (Jg. 61), S. 599-619.
- Dworek, Günter 1989: Kritik der sog. Thesen zum Sexualstrafrecht, in: BVH Magazin, Nr. 1/1989, S. 23-25.
- Dworek, Günter 1990: Bericht vom Strafrechts-Seminar, in: BVH-Magazin, Nr. 1/1990, S. 9-10.
- Eckert, Albert 1989: Lustvoll leben in Berlin, in: Stachelige Argumente, Nr. 57, Juli 1989, S. 44-45.
- Effern, Heiner 2010: Liste des Grauens, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/kloster-et-tal-liste-des-grauens-1.4161>, 11.4.2010 (eingesehen: 25.9.2013).
- Egle, Christoph 2003: Lernen unter Stress: Politik und Programmatik von Bündnis 90/Die Grünen, in: ders./Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), Das rot-grüne Projekt, Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998-2002, Wiesbaden, S. 93-116.

- Enders, Ursula 2003: Gibt es einen Missbrauch mit dem Missbrauch?, in: dies. (Hrsg.), Zart war ich, bitter war's. Handbuch gegen sexuellen Missbrauch, Köln, S. 454-459.
- Enders, Ursula 2013: Grenzen achten, Schutz vor sexuellem Missbrauch in Institutionen, Ein Handbuch für die Praxis, Köln.
- Enders, Ursula 2001: Zart war ich, bitter war's, Handbuch gegen sexuellen Missbrauch, Köln 2001.
- Esping-Andersen, Gösta 1990: The three worlds of welfare capitalism, Cambridge.
- Esser, Josef 1998: Das Modell Deutschland in den 90er Jahren – Wie stabil ist der soziale Konsens, in: Georg Simonis (Hrsg.), Deutschland nach der Wende, Neue Politikstrukturen, Opladen, S. 119-140.
- Eubel, Cordula 2013: Pädophilie-Passagen wurden kaum gelesen, in: Tagesspiegel, 17.09.2013, online einsehbar unter <http://www.tagesspiegel.de/politik/debatte-um-gruenen-programm-von-1981-paedophilie-passagen-wurden-kaum-gelesen/8805936.html> (eingesehen am 04.12.2013).
- Fach, Wolfgang 2008: Das Modell Deutschland und seine Krise (1974-1989), Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland, Ein Handbuch, Frankfurt/New York, S. 94-108,
- Fachgruppe Knast und Justiz der GAL Hamburg 1985: „Knackies in die Parlamente“ oder für was tritt die Initiative SOLIDARITÄT eigentlich ein?, in: GAL-Rundbrief, Nr. 1/1985, S. 13-15, hier S. 13.
- Fegert, J. M. u. a. 2013: Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, in: Bundesgesundheitsblatt, Jg. 56 (2013) H. 2, S. 199-207.
- Feist, Ursula/ Krieger, Hubert 1985: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 12. Mai 1985. Stimmungstrend überrollt Sozialstrukturen oder: Die Wende ist keine Kaffeefahrt, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/1985, S. 355-372.
- Ferchhoff, Wilfried 1999: Jugend an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert, Lebensformen und Lebensstile, Opladen, 2. Auflage.
- Ferenczi, Sándor 1972: Schriften zur Psychoanalyse 2, Frankfurt am Main.
- Finkelhor, David 1979: What's wrong with sex between adults and children?, Ethics and the problem of sexual abuse, in: American Journal of Orthopsychiatry, Heft 4/1979, S. 692-697.
- Fischer, Joschka 1984: Von grüner Kraft und Herrlichkeit, Reinbek bei Hamburg.
- Fischer, Joschka 2008: Die rot-grünen Jahre, Deutsche Außenpolitik vom Kosovo bis zum 11. September, München.
- Fleischhauer, Jan/Müller, Ann-Katrin/Pfister, René 2013: Schatten der Vergangenheit, in: Der Spiegel, Heft 20/2013, S. 22-24.
- Fleischhauer, Jan/Pfister, René 2013: Die sind alle meschugge, Interview mit Daniel Cohn-Bendit, in: Der Spiegel, Nr. 20/2013, 13.5.2013, S. 26-29.
- Fogt, Helmut 1984: Basisdemokratie oder Herrschaft der Aktivisten? Zum Politikverständnis der Grünen, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1/1984, S. 97-114.
- Fogt, Helmut 1991: Die Grünen in den Bundesländern, in: Oberndörfer, Dieter/Schmitt, Karl (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, S. 231-279.
- Frankland, E. Gene/Schoonmaker, Donald 1992: Between Protest & Power, The Green Party in Germany, Boulder/San Francisco/Oxford.
- Frauengruppe der Grünen/AL Kreuzberg 1994: Pädos bei den Grünen, Stachelige Argumente, Oktober 1994, S. 45-48.

- Freeman, Jo 2004: Tyrannei der Strukturlosigkeit. Ein Beitrag zu und aus der amerikanischen Frauenbewegung. <http://www.all4all.org/2004/03/625.shtml>. (eingesehen: 31.01.2013).
- Freesen, Werner 1980a: Stadtindianer stürmen die Mikrophone, in: *Die Welt*, 24.3.1980.
- Freesen, Werner 1980b: Gruhls Nein traf sogar die Kinder Grünen, in: *Die Welt*, 24.3.1980.
- Fries, Meike 2013: Grüne Hilfe für Päderasten, <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2013-05/gruene-paedosexualitaet-cohn-bendit/komplettansicht>, 16.5.2013 (eingesehen: 11.4.2014).
- Fromme, Friedrich Karl 1980a: Gewalt gegen die Stadtindianer bleibt den keuschen Augen der Grünen verborgen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.6.1980.
- Fromme, Friedrich Karl 1980b: Vom Versuch einer Partei gegen die Parteien zu sein, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.3.1980.
- Frommel, Monika 1990: Systematische Verzerrungen bei der Umsetzung gesetzlicher Strafdrohungen – dargestellt am Beispiel der bereichsspezifischen Gewaltbegriffe der Strafverfolgungsinstanzen, in: Thomas Raiser/Rüdiger Vogt, *Durchsetzung und Wirkung von Rechtsentscheidungen, Die Bedeutung der Implementations- und Wirkungsforschung für die Rechtswissenschaft*, Baden-Baden, S. 121-142.
- Frommel, Monika 2014: Pädosexualität und Sexualpolitik der Parteien, in: *Kritische Justiz*, Heft 1/2014, S. 46-56.
- Fücks, Ralf 1983: Das Listenchaos entspricht auch einem Defizit grüner Politik, in: *Kommune*, Nr. 7/1983, S. 31-34.
- Füller, Christian 2011: Sündenfall, wie die Reformschule ihre Ideale missbrauchte, Köln.
- Füller, Christian 2013a: Danys Phantasie und Träume, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 28.4.2013.
- Füller, Christian 2013b: Großer Kinderladen BRD, in: *Der Freitag*, 25.4.2013.
- Füller, Christian 2013c: Im Zentrum der Macht, in: *die tageszeitung*, 13.5.2013.
- Füller, Christian 2013d: Dany im Kinderladen, <http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/theodor-heuss-preis-fuer-cohn-bendit-dany-im-kinderladen-12156195-p2.html?printPagedArticle=true>, 28.5.2013 (eingesehen: 11.4.2014).
- Füller, Christian 2013e: Der Tabubrecher, in: *die tageszeitung*, 19.4.2013.
- Füller, Christian 2013f: Sexuelle Befreiung, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/paedophilie-vorwuerte-sexuelle-befreiung-12573910.html>, 14.9.2013 (eingesehen: 25.3.2014).
- Füller, Christian 2013g: Der pädokriminelle Cheflobbyist, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/dieter-fritz-ullmann-der-paedokriminelle-cheflobbyist-12595644.html>, 3.10.2013 (eingesehen: 6.1.2014).
- Gamson, William 1961: A Theory of Coalition Formation, in: *American Sociological Review*, S. 373-382.
- Gatter, Peter 1987: *Die Aufsteiger, Ein politisches Porträt der Grünen*, Hamburg.
- Georges, Pierre 2001: „Autre temps...“, in: *Le Monde*, 23.2.2001.
- Gerste, Margrit/Leggewie, Claus/Schwelien, Michael/Sontheimer, Michael/Spörl, Gerhard/Steinweg, Wolfgang 1985: *Die Grünen vor der Zerreißprobe*, in: *Die Zeit*, 24.5.1985.
- Giddens, Anthony 1999: *Der dritte Weg, Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt am Main/Wien.
- Glöer, Nele/Schmiedeskamp-Böhler, Irmgard 1990: *Verlorene Kindheit, Kinder als Opfer sexueller Gewalt*, München.
- Göbel, Heinz-Peter 1995: *Der Bildungsbegriff der Grünen, Rekonstruktionsversuch der ökologischen Pädagogik einer Partei*, Dissertation Universität der Bundeswehr München.

- Goltermann, Willi K. 1984: Grün-Alternative Bündnisliste?, in: *Moderne Zeiten*, Heft 10/1981, S. 48-52.
- Gregg, Rudolf 1985: „Sex mit Kindern“ bleibt für die Grünen Diskussionsthema, in: *Schwäbische Zeitung*, 13.5.1985.
- Grupp, Joachim 1986: *Abschied von den Grundsätzen?, Die Grünen zwischen Koalition und Opposition*, Berlin.
- Güllner, Manfred 2012: *Die Grünen, Höhenflug oder Absturz*, Freiburg/Basel/Wien.
- Haas, Peter M. 1992: Introduction: epistemic communities and international policy Coordination, in: *International Organization*, Heft 1/1992 (Jg. 46), S. 1-35.
- Hagedorn, Bernd-Olaf 1985: SchwuPidua, in: *Grüne Illustrierte Niedersachsen*, Nr. 9/1985, S. 19.
- Halbwachs, Maurice 2008: *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt am Main.
- Hall, Peter A. 1993: Policy Paradigms, Social Learning and the State, The Case of Economic Policymaking in Britain, in: *Comparative Politics*, Heft 3/1993, S. 275-296.
- Hallensleben, Anna 1984: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?, *Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei Die Grünen 1980*, Göttingen/Zürich.
- Hartwig, Luise /Gregor Hensen 2003: *Sexueller Missbrauch und Jugendhilfe*, Weinheim/München.
- Hauss, Sebastian 2004: *Identität in Bewegung, Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung*, Wiesbaden.
- Hauss, Sebastian 2012: Von der sexuellen Befreiung zur Normalität, in: Pretzel, Andreas/Weiss, Volker (Hrsg.), *Rosa Radikale, Die Schwulenbewegung der 1970er Jahre, Geschichte der Homosexuellen in Deutschland nach 1945*, Band 2, Hamburg, S.199-212.
- Hauptvogel, Peter 1985: Verbrechen belastet Grüne, in: *Quick*, Nr. 20/1985.
- Heidemeyer, Helge 2008: Die Grünen im Bundestag 1983-1987, Einleitung, in: Boyer, Josef/Heidemeyer, Helge: *Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Band 14/I, *Die Grünen im Bundestag, Sitzungsprotokolle und Anlagen*, Düsseldorf, S. IX-LII.
- Heidger, Ralf 1987: *Die Grünen: Basisdemokratie und Parteiorganisation, Eine empirische Untersuchung des Landesverbands der Grünen in Rheinland-Pfalz*, Berlin.
- Heidtmann, Ina 1995: *Die öko-alternative Bewegung „Die Grünen“, Gesellschafts- und bildungspolitische Perspektiven*, Aachen.
- Heiser, Sebastian 2013: Trittin-Artikel zur Pädophilie, Das ist doch Schnee von gestern. Warum wird das heute gedruckt?, online einsehbar unter <http://blogs.taz.de/hausblog/2013/11/27/trittin-artikel-zur-paedophilie-das-ist-doch-schnee-von-gestern-warum-wird-das-heute-gedruckt/> (eingesehen: 08.12. 2013).
- Henkel, Peter 1983: *Systemsprengeend, aber ganz gesittet*, in: *Frankfurter Rundschau*, 17.1.1983.
- Henkel, Peter/Henkel-Waidhofer, Johanna 2011: *Winfried Kretschmann, Das Porträt*, Freiburg im Breisgau.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan/Walter, Franz 2012: *Meuterei auf der Deutschland, Ziele und Chancen der Piratenpartei*, Berlin.
- Hensel, Alexander/Klecha, Stephan 2013: *Die Piratenpartei, Havarie eines politischen Projekts*, Frankfurt am Main.
- Hergemöller, Bernd-Ulrich 1991: „Die Grünen sind ausgetreten“, in: *BVH-Magazin*, Nr. 4/1991, S. 13.

- Herlyn, Wilm 1985: Die Grünen in NRW werden von erbosten Anrufen überschwemmt, Die Welt, 16.3.1985.
- Hill, Wilhelm/Fehlbaum, Raymond/Ulrich, Peter 1994: Organisationslehre, Ziele, Instrumente und Bedingungen der Organisation sozialer System, Band 1, Bern/Stuttgart/Wien, 5. Auflage.
- Hippler, Jochen 1988: „Sie sind eine Gewaltpartei!“, Die Gewaltfrage, der Staat und die Grünen, in: Hippler, Jochen/Maier, Jürgen (Hrsg.), Sind die Grünen noch zu retten?, Krise und Perspektiven einer ehemaligen Protestpartei, Köln, S. 95-124.
- Hoffmann, Jürgen 1998: Die doppelte Vereinigung, Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Zusammenschlusses von Grünen und Bündnis 90, Opladen.
- Hoffmann, Jürgen 2004: Zustand und Perspektiven der Grünen, in: Zehetmair, Hans (Hrsg.), Das deutsche Parteiensystem, Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden, S. 117-136.
- Holy, Michael 1991: Historischer Abriß der zweiten deutschen Schwulenbewegung 1969-1989, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 2. Auflage, S. 138-160.
- Holy, Michael 2012: Jenseits von Stonewall, in: Pretzel, Andreas/Weiss, Volker (Hrsg.), Rosa Radikale, Die Schwulenbewegung der 1970er Jahre, Geschichte der Homosexuellen in Deutschland nach 1945, Band 2, Hamburg, S. 39-79.
- Horst, Patrick 2008: Das Parteiensystem Hamburgs, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermyer, Oskar (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 217-246.
- Huber, Joseph 1983: Basisdemokratie und Parlamentarismus, in: Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Was sollen die Grünen im Parlament, Frankfurt am Main, S. 68-84.
- Huttner, Karltheodor (Hrsg.) 1988: Die Politik der Grünen – Anspruch, Illusion, Wirklichkeit, o. O. (München).
- Hüllen, Rudolf v. 1990: Ideologie und Machtkampf bei den Grünen, Bonn.
- Indianerkommune Nürnberg 1984: „Wir klagen an: die Tübinger Justiz“, in: Die Tageszeitung, 10.12.1984.
- Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen 2013: Die Pädophiliedebatte bei den Grünen im programmatischen und gesellschaftlichen Kontext, Erste und vorläufige Befunde zum Forschungsprojekt, <http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2013/12/Paedophiliedebatte-Gruene-Zwischenbericht.pdf>, Dezember 2013 [zuletzt eingesehen am 13.8.2014].
- Ismayr, Wolfgang 1985: Die Grünen im Bundestag: Parlamentarisierung und Basisanbindung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/1985, S. 299-321, hier S. 310.
- Jakobs, Monika 2011: Missbrauchte Nähe, Sexuelle Übergriffe in Kirche und Schule, Freiburg.
- Jens, Tilman 2011: Freiwild, Die Odenwaldschule, Ein Lehrstück von Opfern und Tätern, Gütersloh.
- Johnsen, Björn 1988: Von der Fundamentalopposition zur Regierungsbeteiligung, Die Entwicklung der Grünen in Hessen 1982-1985, Marburg.
- Kade, Claudia/Kamann, Matthias/Réthy, Laura 2013: „Die spielten mit Kindern, da wurde mir mulmig“, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article118442857/Die-spielten-mit-Kindern-da-wurde-mir-mulmig.html>, 28.7.2013 (eingesehen: 9.1.2014).
- Kahl-Lütke, Ina 1992: Entstehungsvoraussetzungen, Möglichkeiten und Grenzen grüner Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Münster/Hamburg.
- Kaiser, Carl-Christian 1980: Schöne Welt jenseits der Wirklichkeit, in: Die Zeit, 28.3.1980.



- Kallscheuer, Otto 1986: Grüne Zeiten – verpaßte Zeiten, in: Kallscheuer, Otto (Hrsg.), Die Grünen – Letzte Wahl?, Vorhaben in Sachen Zukunftsbewältigung, Berlin, S. 7-29.
- Kamann, Matthias 2013: Beistand für Volker Beck im Pädophilie-Streit, in: Die Welt, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article116529890/Beistand-fuer-Volker-Beck-im-Paedophilie-Streit.html>, 26.05.2013 (eingesehen: 09.08.2013).
- Kavemann, Barbara/Lohstöter, Ingrid 1984: „Väter als Täter“, Reinbek bei Hamburg.
- Kelly, Petra K. 1983: Um Hoffnung kämpfen, Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, Bornheim-Merten, 2. Auflage.
- Kelly, Petra K. 1985: Beitrag von Petra K. Kelly zum Rechenschaftsbericht der Fraktion Die Grünen im Bundestag, Das erste Jahr im Bundestag!, dokumentiert in: Sperr, Monika/ Peter K. Kelly, Politikerin aus Betroffenheit, Reinbek bei Hamburg, S. 217-253.
- Kelly, Petra K. 1991: „Zuallererst sind wir menschlich gescheitert“, in: Fücks, Ralf (Hrsg.), Sind die Grünen noch zu retten?, Reinbek bei Hamburg, S. 24-32, hier S. 29.
- Kentler, Helmut 1975: Eltern lernen Sexualerziehung. Reinbek bei Hamburg.
- Kern, Gudrun 1985: Ein mehr als zweifelhafter Genuß, Grüner Basisdienst, 4/1985, S. 45.
- Kerstan, Thomas 2010: „Wir haben Fehler gemacht“, Interview mit Daniel Cohn-Bendit, in: Die Zeit, 15.3.2010.
- Kielmansegg, Peter Graf 2004: Das geteilte Land, Deutschland 1945-1990, München.
- Kieser, Alfred 1993: Max Webers Analyse der Bürokratie, in: Kieser, Alfred (Hrsg.), Organisationstheorien, Stuttgart/Berlin/Köln, S. 37-62.
- Kißener, Michael 2006: Kleine Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Leinfelden-Echterdingen.
- Kitschelt, Herbert 1989: The Logics of Party Formation, Ecological Politics in Belgium and West Germany, Ithaca und London.
- Klatt, Johanna/Hensel, Alexander/D'Antonio, Oliver 2015: Andere Perspektiven, neue Fronten, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, S. 228-251.
- Klaus, Marlit/Tengeler, Sabine 1986: Gewalt wird nicht durch Knast abgeschafft, in: GAL-Rundbrief, Nr. 1/1986, S. 32-33.
- Klecha, Stephan 2007: Rudolf Scharping. Opfer eines Lernprozesses, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael: Gescheiterte Kanzlerkandidaten, Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden, S. 323-355.
- Klecha, Stephan 2009: Die IG Metall und ihre Jugendarbeit, Generationskonflikte, Netzwerke, Wirkungen, Berlin.
- Klecha, Stephan 2012: Bundeskanzler in Deutschland, Grundlagen, Funktionen, Typen, Opladen/Berlin/Toronto.
- Klecha, Stephan 2015: Niemand sollte ausgegrenzt werden: Die Kontroverse um Pädosexualität bei den frühen Grünen, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, S. 160-227.
- Klecha, Stephan/Hensel, Alexander 2013: Zwischen digitalem Aufbruch und analogem Absturz: Die Piratenpartei, Opladen/Berlin/Toronto.
- Klecha, Stephan/Hensel, Alexander 2015: Irrungen oder Zeitgeist, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, S. 7-22.
- Klein, Markus/Jürgen W. Falter 2003: Der lange Weg der Grünen, Eine Partei zwischen Protest und Regierung, München.
- Kleine, Rolf/Spruck, Matthias 1999: Johannes Rau, Eine Biographie, München/Düsseldorf.

- Kleinert, Hubert 1992a: Aufstieg und Fall der Grünen, Analyse einer alternativen Partei, Bonn.
- Kleinert, Hubert 1992b: Vom Protest- zur Regierungspartei, Die Geschichte der Grünen, Frankfurt am Main.
- Kleinert, Hubert 2008: Mythos 1968, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 14-15/2008, S. 8-15.
- Klotzsch, Lilian/Stöss, Richard 1984: Die Grünen, in: Stöss, Richard (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Band II: FDP bis WAV, Opladen, S. 1509-1598.
- Knuf, Thorsten 2013: Nach Jürgen Trittin nun Volker Beck, <http://www.fr-online.de/bundestagswahl---hintergrund/gruene-und-paedophilie-debatte-nach-juergen-trittin-nun-volker-beck,23998104,24376272.html>, 19.9.2013 (eingesehen 20.9.2013).
- König, Jens/Löer, Wigbert 2013: Und du, Jürgen?, in: Der Stern, 19.9.2013.
- Kohrs, Ekkehard 1980: Kein „politischer Frühling“ bei den Grünen, in: Bonner Generalanzeiger, 24.3.1980.
- Kohrs, Ekkehard 1985: Scharfer Senf, schallende Ohrfeigen und eine handfeste Prügelei, in: Bonner Generalanzeiger, 1.4.1985.
- Kolinsky, Eva (Hrsg.) 1989a: The Greens in West Germany, Organisation and Policy Making, Oxford/New York/Munich.
- Kolinsky, Eva 1989b: Women in the Green Party, in: Kolinsky, Eva (Hrsg.), The Greens in West Germany, Organisation and Policy Making, Oxford/New York/Munich, S. 189-217.
- Kostede, Norbert 1989: The Greens and the Intellectuals, in: Kolinsky, Eva (Hrsg.), The Greens in West Germany, Organisation and Policy Making, Oxford/New York/Munich 1989, S. 123-139.
- Kranenpohl, Uwe 2008: Das Parteiensystem Nordrhein-Westfalens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 315-339.
- Kraushaar, Elmar 1995a: „Nebenwidersprüche“, in: Grumbach, Detlef (Hrsg.), Die Linke und das Laster, Schwule Emanzipation und linke Vorurteile, Hamburg, S. 142-178.
- Kraushaar, Elmar 1995b: Der homosexuelle Mann..., taz, 30.3.1995.
- Kraushaar, Elmar 2012: Höhenflug und Absturz, in: Pretzel, Andreas/Weiss, Volker (Hrsg.), Rosa Radikale, Die Schwulenbewegung der 1970er Jahre, Geschichte der Homosexuellen in Deutschland nach 1945, Band 2, Hamburg, S. 80-90.
- Kraushaar, Wolfgang 2010: Bewegte Männer, in: Die Zeit, 27.5.2010.
- Krieger, Verena/Knäpper, Marie-Theres 1983: Die Grünen und die Frauen – eine Bestandsaufnahme, in: Moderne Zeiten, Heft 6-7/1983, S. 41-43.
- Krieger, Verena 1991: Was bleibt von den Grünen, Hamburg.
- Kröber, Hans-Ludwig 2011: „Psychische Störung“ als Begründung für staatliche Eingriffe in Grundrechte des Individuums, in: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, Heft 5/2011, S. 234-243.
- Kröncke, Gerd 1985: Grüne: Wir sind selbst schuld, in: Süddeutsche Zeitung, 20.05.1985.
- Krusat, Gerhard 1986: Das große Dilemma der KInderrechtler, in: die tageszeitung, 8.1.1986.
- Kuo, Xing-Hu 1985: „Auto muß verschwinden wie die Dinosaurier“, Die Welt, 13.5.1985.
- Lamla, Jörn 2002: Grüne Politik zwischen Macht und Moral, Frankfurt/New York.
- Lamprecht, Rolf 2011: Das Bundesverfassungsgericht, Geschichte und Entwicklung, Bonn.
- Langguth, Gerd 1984: Der grüne Faktor, Von der Bewegung zur Partei, Osnabrück/Zürich.
- Langguth, Gerd 2011: Spurensuche zur Geschichte der Grünen, in: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.), Schwarz-Grün, Die Debatte, Wiesbaden, S. 27-46.

- Lau, Mariam 2013: Pädophilie als Programm, in: Die Zeit, 16.5.2013.
- Lausch, Erwin 1964: Krankhaft oder nur verworfen, in: Die Zeit, 12.6. 1964.
- Lautmann, Rüdiger 1980: Sexualdelikte – Straftaten ohne Opfer, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 1980, S. 44-49.
- Lechmann, C. 1988: Sexueller Mißbrauch im Kindes- und Jugendalter – ein Überblick, in: Christmann, Fred (Hrsg.), Heterosexualität, Ein Leitfaden für Therapeuten, Berlin/Heidelberg/New York/London/Paris/Tokyo, S. 202-229.
- Leistner, Christin/Rahlf, Katharina 2009: Grün bleibt die Hoffnung?, Die Bündnisgrünen zwischen Harmonie und Krise, in: Butzlaff, Felix/Harm, Stine/Walter, Franz (Hrsg.), Patt oder Gezeitenwechsel, Deutschland 2009, Wiesbaden.
- Lemire, Laurent 1998: Cohn-Bendit, Paris.
- Leonhardt, Rudolf Walter 1969a: Von Lust ist nicht die Rede, in: Die Zeit, 7.2.1969.
- Leonhardt, Rudolf Walter 1969b: Kurzes Kichern, kein Erröten, in: Die Zeit, 25.4.1969.
- Leopardi, Angelo (Hrsg.) 1988: Der Pädosexuelle Komplex. Handbuch für Betroffene und ihre Gegner, Berlin/Frankfurt.
- Lesben in der AL 1989: Lebensweisenpolitik, offener Brief an Albert Eckert, in: Stachelige Argumente, Nr. 58, September 1989, S. 22-24.
- Levitt, Barbara/March, James G. 1988: Organizational Learning, in: Annual Review of Sociology, Vol. 14/1988, S. 319-340.
- Littmann, Corny 1980: Stellungnahme zu „Grüne in Saarbrücken“ im „Arbeiterkampf“ Nr. 174, Arbeiterkampf, Nr. 175, 5.5.1980.
- Löer, Wigbert 2013: Die Akte Kinderschutzbund, in: Stern, 09.10.2013.
- Lorenz, Christian 2007: Schwarz-Grün auf Bundesebene – Politische Utopie oder realistische Option?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 35-36/2007, S. 33-40.
- Lüdke, Hans-Werner 1980: Zur Entwicklungsgeschichte grüner Programme, in: Lüdke, Hans-Werner/Dinné, Olaf (Hrsg.), Die Grünen, Personen, Projekte, Programme, Stuttgart-Degerloch, S. 204-210.
- Lühmann, Michael 2012: Keine Avantgardisten eines Wertewandels. Die neue Wählerschaft der Grünen, in: INDES, Heft 1/2012, S. 113-119
- Maier, Matthias Leonhard 2003: Wissens- und ideenorientierte Ansätze in der Politikwissenschaft: Versuch einer systematischen Übersicht, in: Maier, Matthias Leonhard/Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Wiesner, Achim (Hrsg.), Politik als Lernprozess, Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse, Opladen, S. 25-77.
- Majchrzak, Holger 1985: Schwup und weg, in: Guckloch Nr. 5/1985, S. 22-23.
- Malek, Tanja/Hilkermeier, Lena 2003: Überlegungen zur Bedeutung organisationaler Lernansätze in der und für die Politikwissenschaft, in: Maier, Matthias Leonhard/Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Wiesner, Achim (Hrsg.), Politik als Lernprozess, Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse, Opladen, S. 78-97,
- Malzahn, Claus Christian 2013: An was können sich Trittin und Künast erinnern?, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article118452547/An-was-koennen-sich-Trittin-oder-Kuenast-erinnern.html>, 28.7.2013.
- March, James G. 1994: A Primer on Decision Making, How Decisions Happen, New York/London/Toronto/Sydney.
- Marcuse, Herbert 1971: Triebstruktur und Gesellschaft, Ein philosophischer Beitrag zu Sigmund Freud, Frankfurt am Main.
- Maren-Griesebach, Manon 1982: Philosophie der Grünen, München/Wien.

- Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S. 1993: *The German Left, Red, Green and Beyond*, Cambridge.
- Markovits, Andrei S./Gorski, Philip S. 1997: *Grün schlägt rot, Die deutsche Linke nach 1945*, Hamburg.
- Mayer-Tasch, Peter C. 1978: Von der Bürgerinitiativbewegung zur Grünen Partei – Perspektiven und Probleme, in: Brun, Rolf (Hrsg.), *Der grüne Protest, Herausforderung durch die Umweltparteien*, Frankfurt am Main, S. 47-58.
- Meier-Bergfeld, Peter 1980: Der rote Sündenfall der Grünen, in: *Rheinischer Merkur*, 28.3.1980.
- Mende, Silke 2011: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“, *Eine Geschichte der Gründungsgrünen*, München.
- Mende, Silke 2012: Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur „ökologischen Reformpartei“, Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Heft 52/2012, S. 273-315.
- Mertes, Michael 2008: Mythos „1968“ - ein westdeutscher Blick zurück, in: Liedhegener, Antonius/Oppelland, Torsten (Hrsg.), *Parteiendemokratie in der Bewährung, Festschrift für Karl Schmitt*, Baden-Baden, S. 47-55.
- Meyer, Birgit 1997: *Frauen im Männerbund, Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute*, Frankfurt am Main/New York.
- Michalik, Regina/Schulz, Anne/Schmidt, Christian/Werkmeisterin, Rita/Walde, Eberhard/Merkel Christa/Gross, Marina 1988: Zur Auseinandersetzung um den Gesetzentwurf zur Neufassung des § 17 StGB, in: *Grüner Basisdienst*, 1988.
- Michelsen, Danny 2015: Pädosexualität im Spiegel der Ideengeschichte, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.): *Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte*, Göttingen, S. 23-59.
- Mielchen, Stefan 1995: Leserbrief, in: *die tageszeitung*, 7.4.1995.
- Mielchen, Stefan 2013: Wider die Norm: Die Lebensformenpolitik des Bundesverbandes Homosexualität 1986-1997, in: Pretzel, Andreas/Weiss, Volker (Hrsg.), *Zwischen Autonomie und Integration, Schwule Politik und Schwulenbewegung der 1980er und 1990er Jahre, Geschichte der Homosexuellen in Deutschland nach 1945, Band 3*, Hamburg, S. 118-135.
- Mildenberger, Florian 2006: *Beispiel: Peter Schult, Pädophilie im öffentlichen Diskurs*, Hamburg.
- Moeller, Klaus-Ulrich 1984: Heiße Eisen packen die Grünen dieses Mal nicht an, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 5.3.1984.
- Mokros, Andreas/Osterheider, Michael/Nitschke, J. 2012: Pädophilie, Prävalenz, Ätiologie und Diagnostik, in: *Nervenarzt*, Heft 83/2012, S. 355-358.
- Moorstedt, Tobias 2008: *Jeffersons Erben, Wie die digitalen Medien die Politik verändern*, Frankfurt am Main.
- Müller, Ann-Katrin 2013: *Rosa Flieder*, in: *Der Spiegel*, Heft 22/2013, 27.5.2013.
- Müller, Emil-Peter 1984: *Die Grünen und das Parteiensystem*, Köln.
- Müller-Luckmann, Elisabeth 1965: Über die Wahrhaftigkeit kindlicher und jugendlicher Zeugen in der Hauptverhandlung, in: Stockert, Franz Günther von (Hrsg.), *Das sexuell gefährdete Kind*, Stuttgart, S. 88-108.
- Müller-Rommel, Ferdinand 1993: *Grüne Parteien in Westeuropa, Entwicklungsbedingungen und Erfolgsbedingungen*, Opladen.
- Müller-Rommel, Ferdinand/Pogutke, Thomas 1990: *Die Grünen*, in: Oberreuter, Heinrich/Mintzel, Alf (Hrsg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, S. 276-310.

- Murphy, Detlef/Roth, Roland 1991: In (nicht mehr gar so) viele Richtungen zugleich Die Grünen – ein Artefakt der Fünf-Prozent-Klausel?, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 2. Auflage, S. 415-451
- Naumar, Julia 1995: Kindesmißbrauch war kein Thema für Grüne, in: die tageszeitung, 13.2.1995.
- Neef, Tobias/Albrecht, Daniel 2015: „Sexualität und Herrschaft“, Zur Politisierung des Orgasmus, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, S. 60-84.
- Niedermayer, Oskar 2013: Parteimitgliedschaften im Jahre 2012, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/2013, S. 365-383.
- Niethammer, Lutz 1985: Postskript, Über Forschungstrends unter Verwendung diachroner Interviews in der Bundesrepublik, in: Niethammer, Lutz (Hrsg.), Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis, Die Praxis der „Oral History“, Frankfurt am Main, S. 471-477.
- Nishida, Makoto 2005: Strömungen in den Grünen (1980-2003): Eine Analyse über informell-organisierte Gruppen innerhalb der Grünen, Münster.
- Nullmeier, Frank 2003: Zur Normativität des Lernbegriffs, in: Maier, Matthias Leonhard/Nullmeier, Frank/Pritzlaff, Tanja/Wiesner, Achim (Hrsg.), Politik als Lernprozess, Wissenszentrierte Ansätze der Politikanalyse, Opladen, S. 329-342.
- o. V. 1977: Ansichten eines Sauriers, in: Pflasterstrand, Nr. 21/1977, S. 40-42
- o. V. 1980a: Antischwule Mehrheit bei den Grünen?, „Schlichtweg Panikmache!“, Interview mit Corny Littmann, in: Arbeiterkampf, Nr. 170, 28.1.1980.
- o. V. 1980b: Mächtiges Tabu, in: Der Spiegel, Nr. 30/1980, S. 148-154.
- o. V. 1980c: Wichtige Stimmung, in: Der Spiegel, Nr. 27/1980, 30.6.1980; S. 83-85.
- o. V. 1980d: Aufbruch in eine bessere Zukunft, in: Der Spiegel, Heft 13/1980, 24.3.1980.
- o. V. 1980e: Betrifft Beethovenhalle, in: die tageszeitung, 7.2.1980.
- o. V. 1980f: Hitzige Gefechte, in: Der Spiegel, Heft 39/1980, S. 104-107.
- o. V. 1980g: The view from Germany, in: Pan Nr. 6, September 1980, S. 19-22, hier S. 19.
- o. V. 1981a: Schwul mit zwölf, in: Der Spiegel, Heft 25/1981, S. 52-54.
- o. V. 1981b: Prozeß erneut vertagt, Nürnberger Zeitung, 9.12.1981.
- o. V. 1982: Diktatur der Normalität, in: Moderne Zeiten, Heft 10/1982, S. 45-46.
- o. V. 1983a: Spontis stürmen Büro der Grünen, Bonner Stadtanzeiger, 3.11.1983.
- o. V. 1983b: AIDS: Eine Epidemie, die erst beginnt“, in: Der Spiegel, Nr. 23/1983, S. 144-163.
- o. V. 1984a („Barbara“): Stadtindianer spalten Landesverband, in: die tageszeitung, 16.03.1984.
- o. V. 1984b: § 175 ersatzlos streichen, in: Stachel, Ausgabe September 1984, S. 8.
- o. V. 1984c: Der süße Hauch der Zensur, in: GAL-Rundbrief Nr. 4/1984, S. 69.
- o. V. 1985a: Grüne fordern Streichungen, Badische Zeitung, 7.2.1985.
- o. V. 1985b: Willkommener Wahlkampfeschlager für die SPD, in: die tageszeitung, 11.3.1985.
- o. V. 1985c: Bonner Grüne im Abseits?, Rhein-Sieg-Anzeiger, 29.3.1985.
- o. V. 1985d: Altersschutzzgrenze für Kinder und Jugendliche, Die tageszeitung, 1.4.1985.
- o. V. 1985e: Gewalt bleibt den Eltern vorbehalten, in: Die Tageszeitung, 21.1.1985.
- o. V. 1985f: Streit auch bei Südwest-Grünen, Die tageszeitung, 11.4.1985.
- o. V. 1985g: Kindesmißbrauch als Wahlkampfthema, in: die tageszeitung, 3.5.1985.
- o. V. 1985h: Grüne Ortsvereine in den Knästen sehen sich an Arbeit gehindert, in: Grüner Basisdienst, Nr. 7/1985, S. 6.
- o. V. 1985i: Rau setzt auf die absolute Mehrheit, Forderungen der Grünen abgelehnt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.3.1985.
- o. V. 1985j: Grüner Ortsverband nimmt nun Stellung, in: Die Glocke, 11.5.1985.

- o. V. 1985k: Es kommt in den besten Familie vor, Grüner Basisdienst, Nr. 10/1985, S. 16-18.
- o. V. 1985l: „Sterben bevor der Morgen graut“, in: Der Spiegel, Nr. 43/1985, S. 196-217.
- o. V. 1988: Macht eine Revolution von unten, in: Der Spiegel, Nr. 6/1988, S. 108-109.
- o. V. 1991a („Paul und Wolfgang“): Arbeitsgemeinschaft Pädophilie, in: BVH-Magazin, Nr. 4/1991, S. 19-20.
- o. V. 1991b: Hoher Besuch‘ auf dem Treffen der Agem-Pädo-BVH, in: BVH-Magazin, Nr. 5/1991, S.21-22.
- o. V. 2013a: Mutter korrigiert ihre Entlastung Cohn-Bendits, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/vorwurf-des-kindesmishbrauchs-mutter-korrigiert-ihre-entlastung-cohn-bendits-12155537.html>, 19.4.2013 (eingesehen: 12.3.2014).
- o. V. 2013b: Missbrauchsdebatte bei den Grünen: Claudia Roth unterstützt Pädophilie-Aufklärung, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/missbrauchsdebatte-roth-unterstuetzt-paedophilen-untersuchung-a-897461.html>, 1.5.2013 (eingesehen: 11.4.2014).
- o. V. 2013c: Aufarbeitung: Pädophilie wollten gezielt Kinderschutzbund unterwandern, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophile-wollten-gezielt-kinderschutzbund-unterwandern-a-921022.html>, 8.9.2013 (eingesehen am 10.12.2013).
- o. V. 2013d: Lüdenscheid war kein Betriebsunfall, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article118646616/Luedenscheid-war-mehr-als-ein-Betriebsunfall.html>, 3.8.2013 (eingesehen 24.2.2014).
- o. V. 2013e: Missbrauchsdebatte: Grüne finanzierten in achtziger Jahren Pädophilen-Ausschuss, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-finanzierten-in-achtziger-jahren-paedophilen-ausschuss-a-899289.html>, 12.5.2013 (eingesehen: 17.12.2013).
- o. V. 2013f: Grüne distanzieren sich von alten pädophilen Tendenzen, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schleswig-holstein-gruene-distanzieren-sich-von-alten-paedophilen-tendenzen-12662540.html>, 13.11.2013 (eingesehen: 20.12.2013).
- o. V. 2014: Der Kreisverband Bonn der Grünen und die Kampagne gegen die Paragraphen 174 und 176 StGB (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen/Kindern) in den 1980er Jahren, Zusammenfassung der Ergebnisse, [http://gruene-bonn.de/fileadmin/user\\_upload/gruene\\_kvfr\\_bonn/Kreisverband/00.KV-Inhalte/Recherche\\_Bericht.pdf](http://gruene-bonn.de/fileadmin/user_upload/gruene_kvfr_bonn/Kreisverband/00.KV-Inhalte/Recherche_Bericht.pdf), 6.3.2014 (eingesehen: 19.3.2014).
- Oeser, Kurt 1978: Politische Strömungen in der „Ökologie-Bewegung“, in: Brun, Rolf (Hrsg.), Der grüne Protest, Herausforderung durch die Umweltparteien, Frankfurt am Main, S. 92-104.
- Offe, Claus 1986: Zwischen Bewegung und Partei. Die Grünen in der politischen „Adoleszenzkrise“, in: Kallscheuer, Otto (Hrsg.), Die Grünen – Letzte Wahl?, Vorhaben in Sachen Zukunftsbewältigung, Berlin, S. 40-60.
- Offermann, Bernd 1987: Neue Schwulenpolitik bei den Grünen?, in: Rosa Flieder, Heft 53/1987, S. 14.
- Olsen, Johan P. 2009: Europe in Search of Political Order, An institutional perspective on unity/diversity, citizens/their helpers, democratic design/historical drift and the co-existence of orders, Oxford.
- Palmer, Helmut 1980: Panne im Parteiprogramm der Grünen, Süddeutsche Zeitung, 8.5.1980.
- Pariser, Eli 2012: Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden, München.
- Peters, Freia 2013: Der alltägliche Missbrauch in einer grünen Kommune, in: Welt am Sonntag, 21.7.2013.
- Pettenkofer, Andreas 2014: Die Entstehung der grünen Politik, Kultursoziologie der westdeutschen Umweltbewegung.

- Pfäfflin, Friedemann 2008: Kinderliebe, Pädophilie und pädosexuelle Straftaten, in: Doering, Stephan/Möller, Heidi (Hrsg.), Frankenstein und Belle de Jour, 30 Filmcharaktere und ihre psychischen Störungen, Heidelberg, S. 356-363.
- Plato, Alexander von 2011: Oral History als Erfahrungswissenschaft. Zum Stand der „mündlichen Geschichte“ in Deutschland. In: Obertreis, Julia (Hrsg.), Oral history, Stuttgart, S.73-98.
- Pogunkte, Thomas 1990: Basisdemokratie als grünes Gegenmodell?, in: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart/Berlin/Köln, S. 86-97.
- Pogunkte, Thomas 1993: Alternative Politics, The German Green Party, Edinburgh.
- Potthoff, Heinrich/Miller, Susanne 2002: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn.
- Probst, Lothar 2007: Bündnis 90/Die Grünen, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.), Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 173-188.
- Probst, Lothar 2013: Bündnis 90/Die Grünen (Grüne), in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 509-540.
- Radkau, Joachim 1983: Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975, Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek bei Hamburg.
- Radkau, Joachim 2011: Die Ära der Ökologie, Eine Weltgeschichte, München.
- Raschke, Joachim 1991: Krise der Grünen, Bilanz und Neubeginn, Marburg.
- Raschke, Joachim 1993: Die Grünen, Was sie wurden, was sie sind, Köln.
- Raschke, Joachim 2001: Die Zukunft der Grünen, „So kann man nicht regieren“, Frankfurt/New York.
- Reents, Jürgen/Stamm, Michael 1998: Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit – oder: Welche Gewalt ist erlaubt?, in: Hippler, Jochen/Maier, Jürgen (Hrsg.), Sind die Grünen noch zu retten?, Krise und Perspektiven einer ehemaligen Protestpartei, Köln, S. 125-132.
- Reich, Wilhelm 1932: Der sexuelle Kampf der Jugend, Berlin.
- Reich, Wilhelm 1971: Die Massenpsychologie des Faschismus, Köln/Berlin.
- Reich, Wilhelm 1997: Christismus, Frankfurt am Main.
- Reich, Wilhelm 2004: Die sexuelle Revolution, Frankfurt am Main.
- Reimann, Aribert 2009: Dieter Kunzelmann, Avantgardist, Protestler, Radikaler, Göttingen.
- Reinighof, Jan von 1984: Es grünt so grün, wenn die Kommunen blühen, in: die tageszeitung, 9.7.1984.
- Richta, Hannah Noriko 2012: Organisatioales Lernen als erfolgsrelevantes Konstrukt im Rahmen der Internationalisierung von Unternehmen, Wiesbaden.
- Richter, Saskia 2005: Führung ohne Macht?, Die Sprecher und Vorsitzenden der Grünen, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hrsg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden, S. 169-214, hier S. 185.
- Richter, Saskia 2010: Die Aktivistin, Das Leben der Petra Kelly, München.
- Richter, Saskia 2013: Parteigründungen, Wutbürger und soziales Unternehmertum, in: Niedermayer, Oskar/Höhne, Benjamin/Jun, Uwe (Hrsg.), Abkehr von den Parteien, Parteiendemokratie und Bürgerprotest, Wiesbaden, S. 157-175.
- Richter-Appelt, Hertha 2006: Störungen der Sexualität, in: Reimer, Christian/Rüger, Ulrich (Hrsg.), Psychodynamische Psychotherapien, Lehrbuch der tiefenpsychologisch fundierten Psychotherapieverfahren, Stuttgart, S. 341-355.
- Riker, William H. 1962: A Theory of Political Coalitions, New Haven.
- Rödter, Andreas 2004: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990, München.



- Roques, Valeska von 1984: „Wenn Du was sagst, bring ich Dich um“, in: Der Spiegel, Nr. 29/1984, S. 30-40.
- Rose, Richard 1991: What is Lesson-Drawing?, in: Journal of Public Policy, Heft 1/1991 (Jg. 11), S. 3-30.
- Rossilhol, J.-B. 2002: Sexuelle Gewalt gegen Jungen, Dunkelfelder, Marburg.
- Roth, Claudia 2006: Das Politische ist privat, Erinnerungen für die Zukunft, Berlin.
- Roth, Claudia/Bütikofer, Reinhard 2005: Herzlichen Glückwunsch!, in: Schrägstrich, Nr. 1-2/2005, S. 20-21.
- Roth, Jürgen 2010: Mehr Aufklärung tut Not, in: Stachelige Argumente, Heft 178/2010, S. 38-39.
- Rucht, Dieter 2011: Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik: Selbstverständnis und gesellschaftlicher Kontext, in: Baumann, Cordia/Gehrig, Sebastian/Büchse, Nicolas (Hrsg.), Linksalternative Milieus und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren, Heidelberg, S. 35-59.
- Rucht, Dieter/Roth, Roland 2008: Soziale Bewegung und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Ein Handbuch, Frankfurt/New York, S. 635-668.
- Rusche, Herbert 1985: Die Männer sind oft Technokraten, in: Jäger, Brigitte/Pinl, Claudia (Hrsg.), Zwischen Rotation und Routine, Die Grünen im Bundestag, Köln, S. 180-190.
- Sabatier, Paul 1988: An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy oriented Learning therein, in: Policy Sciences, H. 2-3/1988, S. 129-168.
- Salomon, Dieter 1992: Grüne Theorie und graue Wirklichkeit, Die Grünen und die Basisdemokratie, Freiburg im Breisgau.
- Sarkar, Saral 1985: Wer ist denn nun wirklich schuld?, in: Kommune, Nr. 6/1985, S. 47-51.
- Sauquet, Alfons 2004: Learning in Organizations, in: Boonstra, Jaap J. (Hrsg.), Dynamics of Organizational Change and Learning, Chichester, S. 371-388.
- Schädlich, Rainer/Bachnick, Dieter (Red.) 1986: „...Alle Schwestern werden Brüder...“ Berlin.
- Schäfer, Elena 1969: Es genügt nicht, nur zu kastrieren, in: Die Zeit, 3.10. 1969.
- Schäffer, Ortfried 2010: Organisationslernen zwischen einrichtungsterner Organisationsentwicklung und institutionellem Strukturwandel, in: Heidsiek, Charlotte/Petersen, Jendrik (Hrsg.), Organisationslernen im 21. Jahrhundert, Festschrift für Harald Geißler, Frankfurt am Main u. a., S. 31-44.
- Schaper, Burkhard 1984: Die Entstehungsgeschichte der AL, in: Bühnemann, Michael/Wendt, Michael/Wituschek, Jürgen (Hrsg.), AL, Die Alternative Liste Berlin, Entstehung, Entwicklung, Positionen, Berlin, S. 51-68.
- Scharpf, Fritz 2006: Interaktionsformen, akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Wiesbaden.
- Scharping, Rudolf/Hoffmann-Göttig, Joachim 1982: „Alternative“ Politik in den Landesparlamenten, Ideologiekritische Inhaltsanalyse von 300 Redebeiträgen „grüner“ Parlamentarier, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3/1982, S. 391-415.
- Schindler, Jörg 1999: Der Lack ist ab, in: Frankfurter Rundschau, 17.11.1999.
- Schmid, Thomas 1985: Reformpolitik in fundamentaler Absicht in: Kommune Nr. 6/1985, S. 40-44.
- Schmiedeke, Anja/Altwig, Dirk 2013: Schatten über Hannovers Grünen, in: Neue Presse, 11.10.2013.
- Schmidt, Christian 1998: Wir sind die Wahnsinngen, Joschka Fischer und seine Frankfurter Gang, München/Düsseldorf.
- Schmidt, Giselher 1986: Die Grünen, Porträt einer alternativen Partei, Krefeld.



- Schmitt, Peter 1986: Grüne wollen erst nach der Bundestagswahl über Zusammenarbeit mit der SPD entscheiden, in: Süddeutsche Zeitung, 29.9.1986.
- Schmuck-Soldan, Steffen 2004: Der Pazifismus bei Bündnis 90/Die Grünen, Entwicklung und Stellenwert einer außenpolitischen Ideologie 1990-2000, Dissertation Humboldt-Universität zu Berlin.
- Schön, Donald A./Rein, Martin 1994: Frame reflection, Toward the resolution of intractable policy controversies, New York.
- Schönfelder, Thea 1965: Die Initiative des Opfers, in: Stockert, Franz Günther von (Hrsg.), Das sexuell gefährdete Kind, Stuttgart, S. 109-115.
- Schoonmaker, Donald 1990: The Greens and the Federal Elections of 1980 and 1983: Is the Opposition Waxing?, in: Cerny, Karl H. (Hrsg.), Germany at the Polls, The Bundestag Elections of the 1980s, Durham, S. 142-166.
- Schoppe, Waltraud 1985: In Zukunft professionell nörgeln?, in: Kommune Nr. 6/1985, S. 23.
- Schreyögg, Georg/Noss, Christian 1997: Zur Bedeutung des organisationalen Wissens für organisatorische Lernprozesse, in: Wieselhuber, Norbert/Nagl, Anna (Hrsg.), Handbuch lernende Organisation, Unternehmens- und Mitarbeiterpotentiale erfolgreich erschließen, Wiesbaden, S. 67-76.
- Schroeren, Michael 1990: Die Grünen, 10 bewegte Jahre, Wien.
- Schulte, Ulrich 2013: Abkehr von der falschen Liberalität, <http://www.taz.de/1123925/>, 17.9.2013 (eingesehen: 21.2.2014).
- Schulz, Werner 1998: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu“, in: Schrägstrich, Nr. 1-2/1998, S. 22-24.
- Schuster, Klaus 1981: Schrei in die Stille, in: Plärrer, 6/1981, S. 32.
- Schwarze, Johannes 1999: Geschichte, Ideologie und Programmatik der Grünen, Dissertation München.
- Schwarzer, Alice 1980: „Alice Schwarzer im Gespräch mit Günter Amendt, Wie frei macht Pädophilie?“ in: Emma, 04/1980, <http://www.emma.de/hefte/ausgaben-1980/april-1980/wie-frei-macht-paedophilie-1980/>, (eingesehen am 29.8.2013).
- Schwarzer, Alice 2002: Alice im Wunderland, Eine Zwischenbilanz, Köln.
- Schwarzer, Alice 2013: Daniel Cohn-Bendit: In der Vergangenheit liegt die Gegenwart, <http://www.emma.de/artikel/daniel-cohn-bendit-der-vergangenheit-liegt-die-gegenwart-265010>, 1.5.2013 (eingesehen: 3.12.2013).
- Schwelien, Michael 1981: Dany vermittelt „feeling“, Die Zeit, 17.4.1981.
- Seher, Dietmar 1980: Wenn die Diskussion stockt, greifen die Grünen zur Flöte, in: Neue Rhein-Zeitung, 24.8.1980.
- Setz, Wolfram 1991: SVD gegen BVH, in: BVH-Magazin, Nr. 2/1991, S. 29-30.
- Setz, Wolfram 1994: ILGA in die Zukunft – Pädos ins Ghetto, in: BVH aktuell, Nr. 4/1994, S. 6-7.
- Simon, Jana 2013: An die Kinder hat keiner gedacht, in: Die Zeit, 17.10.2013.
- Singhammer, Johannes 1988: Gewaltbegriff und Familienbild bei den Grünen, in: Huttner, Karltheodor (Hrsg.), Die Politik der Grünen – Anspruch, Illusion, Wirklichkeit, o. O. (München), S. 67-81.
- Sobocynski, Adam 2013: Pädophiler Antifaschismus, in: Die Zeit, 10.10.2013.
- Sperr, Monika 1985: Peter K. Kelly, Politikerin aus Betroffenheit, Reinbek bei Hamburg 1985, S. 186.
- Spiegelhagen, Wolfgang 1979: Wer ist hier pervers?, in: Zitty, Heft 26/1979, S. 22-26.
- Spörl, Gerhard 1984: Den Grünen nicht grün, in: Die Zeit, 14.9.1984.

- Spörl, Gerhard 1985: Die lange Schonzeit läuft ab, in: Die Zeit, 05.04.1985.
- Stamer, Sabine 2001: Cohn-Bendit, Die Biographie, Hamburg/Wien, hier S. 132-137.
- Stand, Christian 1985: Das Hauptthema kam erst zum Dessert, Stuttgarter Zeitung, 13.5.1985.
- Starbuck, William H./Hedberg, Bo 2001: How Organizations Learn from Success and Failure, in: Dierkes, Meinolf/Antal, Ariane Berthoin/Child, John/Nonaka, Ikujiro (Hrsg.): Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, S. 327-350.
- Steffen, Michael 2002: Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991, Dissertation Marburg.
- Stöss, Richard 1984: Sollen die Grünen verboten werden?, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4/1984, S. 403-424.
- Stöss, Richard 2002: Macht und Identität, Das Dilemma der Bündnisgrünen vor der Bundestagswahl, in: Vorgänge, Heft 157/2002, S. 15-23.
- Stüben, Olaf 1979a: Pädophilie: Verbrechen ohne Opfer, Ich liebe Jungs, in: die tageszeitung, 16.11.1979.
- Stüben, Olaf 1979b: Im Philisound, in: Zitty, Heft 26/1979, S. 27.
- Stüben, Olaf 1979c: Grüne Sittenstrolche, in: die tageszeitung, 6.12.1979.
- Stüben, Olaf 1980: „Zum Schutz der herrschenden Sexualmoral“, in: Die Tageszeitung, 10.6.1980.
- Süß, Dietmar/Meik Woyke 2012: Schimanskis Jahrzehnt?, in: Archiv für Sozialgeschichte, LII (2012), S. 3-20, hier S.3.
- Thomas, Veronika 2013: Pädophiliendebatte auch bei Hannovers Grünen, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 12.10.2013.
- Tichomirowa, Katja 2013: Pädophilie im Kinderschutzbund, fr-online, 11.9.2013, online einsehbar <http://www.fr-online.de/politik/deutscher-kinderschutzbund-paedophilie-im-kinderschutzbund,1472596,24277330.html> (eingesehen: 10.12.2013).
- Tiefenbach, Paul 1998: Die Grünen, Verstaatlichung einer Partei, Köln.
- Trampert, Rainer 1985a: „Die Zeit der leichten Erfolge ist vorbei“, Begrüßungsrede von Rainer Trampert, GAL-Rundbrief Nr. 4/1985, S. 6-8.
- Trampert, Rainer 1985b: „Entpolitisierung der Linken“, in: Grüner Basisdienst, Heft 4/1985, S. 21.
- Trampert, Rainer 1985c: Die Grünen bleiben die politische Antwort auf die Krisen, GAL-Rundbrief Nr. 3/1985.
- Trittel, Katharina/Klatt, Jöran 2015: „Stück für Stück holen wir uns die Kindheit zurück!“, Antipädagogik und die Paradoxien des Erziehungsdiskurses, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, S. 85-107.
- Tümmers, Henning 2012: Aidspolitik, in: Archiv für Sozialgeschichte, Band 52, Bonn, S. 231-252.
- Uhl, Siegfried 1990: Die Pädagogik der Grünen, Vom Menschenbild zur Familien- und Schulpolitik, München/Basel.
- Ullmann, Dieter 1988: 15 Jahre Distanzierungstango. Die Pädofrage, in: Rosa Flieder 6/1988.
- Ullmann, Dieter F. 1989: Der Anfang lag im Deutschen Herbst, in: BVH Magazinchen, Nr. 4/1989, S. 66-78.
- Veen, Hans-Joachim 1988: Die Grünen als Milieupartei, in: Maier, Hans/Matz, Ulrich/Sontheimer, Kurt/Weinacht, Paul-Ludwig: Politik, Philosophie, Praxis, Stuttgart, S. 454-476.
- Veen, Hans-Joachim/Hoffmann, Jürgen 1992: Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre, Bonn/Berlin.

- Volmer, Ludger 2009: Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei, München.
- Volmer, Ludger 1998: Die Grünen und die Außenpolitik – ein schwieriges Verhältnis, Eine Ideen-, Programm- und Ereignisgeschichte grüner Außenpolitik, Münster.
- Voss, Reinhard 1985: Die plötzliche Bescheidenheit der aufstrebenden Kraft, Badische Zeitung, 15.3.1985.
- Walter, Franz 2002: Die SPD, Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002.
- Walter, Franz 2008: Baustelle Deutschland, Frankfurt am Main 2008.
- Walter, Franz 2009: Charismatiker und Effizienzen, Porträts aus 60 Jahren Bundesrepublik, Frankfurt am Main.
- Walter, Franz 2010a: Gelb oder Grün?, Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld 2010.
- Walter, Franz 2010b: 30 Jahre Grüne: Die Protest-Beamten, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/30-jahre-gruene-die-protest-beamten-a-670152.html>, 12.1.2010 (eingesehen: 17.2.2014).
- Walter, Franz 2013a: „Es widert mich an“, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-studie-franz-walter-zu-vorwuerfen-von-guenter-verheugen-a-916676.html>, 15.8.2013 (eingesehen: 7.11.2014).
- Walter, Franz 2013b: Das Finale einer verstörenden Entwicklung, in: Rotary Magazin 11 (2013), S. 41-45.
- Walter, Franz 2015a: „In Dubio pro libertate“. Sexualstrafrecht im gesellschaftlichen Wandel, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, S. 108-135.
- Walter, Franz 2015b: Die Grünen und die Last des Libertären, in: Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.), Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen, S.252-270.
- Walter, Franz/Klecha, Stephan 2013a: „Distanzierungstango in der Pädosexualitäts-Frage“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.2013.
- Walter, Franz/Stephan Klecha 2013b, Irrwege des Liberalismus, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/paedophilie-debatte-irrwegen-des-buergerrechtsliberalismus-a-918872.html>, 28.8.2013 (eingesehen: 28.8.2013).
- Walter, Franz/Stephan Klecha 2013c: Die fatale Schweigespirale, in: die tageszeitung, 16.9.2013.
- Walter, Franz/Klecha, Stephan/Hensel, Alexander (Hrsg.) 2015: Die Grünen und die Pädosexualität, Eine bundesdeutsche Geschichte, Göttingen.
- Warnke, Götz 1998: Die grüne Ideologie, Heile-Welt-Mythen, Gesellschaftsutopien und Naturromantik als Ausdruck einer angstbestimmten Politik, Frankfurt am Main u. a..
- Wegner, Markus: Widerstand war machbar, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.9.2013.
- Weichold, Jochen 2002: Abschied von Visionen, in: Utopie kreativ, Heft 140/2002, S. 491-499.
- Wensierski, Peter 2006: Schläge im Namen des Herrn. Die verdrängte Geschichte der Heimkinder in der Bundesrepublik, München.
- Wesel, Uwe 2002: Die verspielte Revolution, 1968 und die Folgen, München.
- Wienges, Henriette 2009: Grüne Werte – grüne Generationen, Eine Analyse langfristiger Wählerpotentiale von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin.
- Wiesendahl, Elmar 2001: Die Zukunft der Parteien, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 2001, 2. Auflage, S. 592-619.

- Wiesendahl, Elmar 2006: Mitgliederparteien am Ende?, Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.
- Wiesenthal, Helmut 1988: Die Grünen im Bewegungserbst, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 5/1988, S. 289-299.
- Wiesenthal, Helmut 1993: Programme, in: Joachim Raschke, Die Grünen, Wie sie wurden, was sie sind, Köln, S. 95-130.
- Wiesenthal, Helmut 1995: Konventionelles und unkonventionelles Organisationslernen: Literaturreport und Ergänzungsvorschlag, in: Zeitschrift für Soziologie, Heft 2/1995 (Jg. 24), S. 137-155.
- Wiesenthal, Helmut 2006: Gesellschaftsteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung, Wiesbaden.
- Wirsching, Andreas 2006: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München.
- Witter, Ben: Wir sind keine Knallköpfe, in: Die Zeit, 8.6.1979.
- Wolfrum, Edgar 2001: „1968“ in der gegenwärtigen deutschen Geschichtspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B 22-23/2001, S. 28-36.
- Zeuner, Bodo 1984: Wo kommen die Maßstäbe her?, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 1/1984, S. 114-120.
- Zudeick, Peter 1986: Grünes Ringelspiel, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 5.10.1986.